

GEW



DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**Mai
2003**

**Integration
IGLU
Internationales**

Inhalt:

Warum ist Integration von Kindern mit Behinderung im Kindergarten notwendig?

von Heidi Breucker-Bittner S. 3

Viel Lärm um noch weniger

Die Diskrepanz zwischen der jüngsten Änderung des BayEUG und dem Ziel »Eine Schule für alle«
von Gabi Gabler S. 5

Frankfurter Erklärung

Gegen die Streichung der Bundeszuschüsse an die BA S. 6

Eine Schule für alle ist dem Auslesesystem überlegen

Nach PISA nun auch durch IGLU bestätigt
Von Schorsch Wiesmaier S. 7

Weniger Schulstruktur, mehr Lernkultur!

Fünf Thesen der Fachgruppe Gymnasien S. 9

Öfter mal was Neues oder »Es lebe der Sport«

Zur Kürzung der Sporterziehung an den Fachakademien
von Roswitha Mohren S. 11

Das letzte Kapitel

Aushang: Gedicht von Erich Kästner S. 12

Am 12. Juli 2003

Mit Erich Kästner gegen den Krieg
von Johannes Glötzner S. 14

Aus der Traum

Abschied von der »Chancengleichheit« mit Bildungssystem?
von Michael Bayer S. 16

Zielvereinbarungen

Aufgaben für Betriebsräte und Personalräte
von Konny Kittl S. 18

Kohle für Kōmür

von AK Gewerkschaftliche Solidarität Türkei/Kurdistan S. 20

Dankeschön aus Nicaragua

von Albrecht Sylla S. 21

Glückwünsche S. 22

Dies und Das S. 22

Veranstaltungen S. 23

Kontakte S. 24

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Ist nach dem Krieg vor dem Krieg? Dieser Frage wegen verhalten wir uns antizyklisch und widmen neben der Titelseite noch weiteren Platz der Auseinandersetzung mit dem Krieg (S. 12-15). Dies ist keine Verlegenheitslösung – wir haben dafür andere Artikel verschoben – und auch kein Ausdruck verspäteter Reaktion einer nur monatlich erscheinenden Zeitschrift auf aktuelle Ereignisse. Es ist eine bewusste Entscheidung der Redaktion. Denn wir befürchten, dass die Frage von Krieg oder Frieden uns weiter beschäftigen wird. PädagogInnen sind hier gefordert, oft aber auch überfordert. Auf der Homepage der GEW Bayern (www.bayern.gew.de) finden sich Hinweise für die Gestaltung von Unterricht. Wir bitten alle, die eigenes Material entwickelt haben, dieses dafür zur Verfügung zu stellen und an unseren Webmaster Reinhard Frankl zu schicken (ra_frankl@gmx.net). Im Verlag an der Ruhr ist eine aktualisierte Neuauflage von »Krieg ist keine Lösung!« unseres Kollegen Jonas Lanig erschienen (ISBN: 3-86072-797-4). Über die reine Wissensvermittlung hinaus geht es darin um die Fähigkeit zur kritischen Analyse und zur selbständigen Beschaffung von Informationen. In Zeiten, in denen schönfärberische Begriffe für Kriegsgräuere in fast allen Medien Konjunktur haben, ist es dringende Aufgabe von Bildung, jungen Menschen die Kompetenz zu vermitteln, dies zu durchschauen.

Karin Just



Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5389487
e-mail: Karin.Just@t-online.de und KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Gerhard Endres, Johannes Glötzner, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ute Schmitt, Ernst Wilhelm.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (nur soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): Titel, S. 14 + 15 K. Just

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme von Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Warum ist Integration von Kindern mit Behinderung im Kindergarten notwendig?

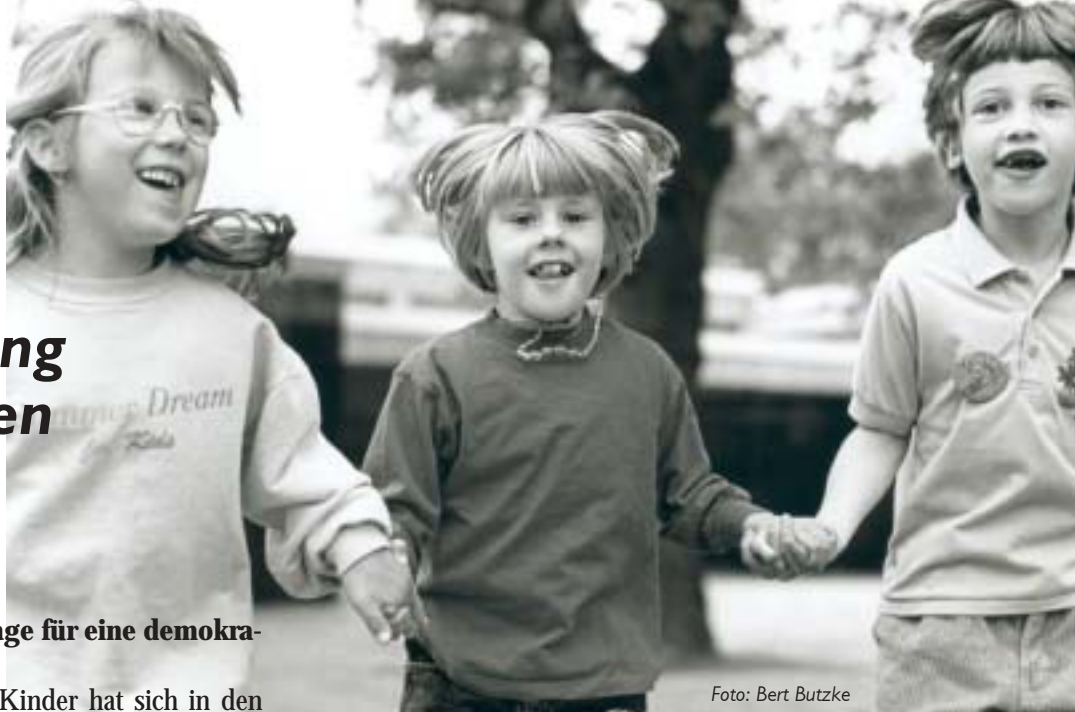


Foto: Bert Butzke

Soziale Kompetenz ist **Grundlage für eine demokratische Gesellschaft.**

Die Lebensumgebung unserer Kinder hat sich in den vergangenen 30 Jahren rasant verändert, dadurch hat sich auch das Lernfeld für das Erlernen sozialer Auseinandersetzungen stark eingeschränkt.

Die Gründe dafür sind vielfältig, besonders fällt auf:

- Die Familien sind kleiner geworden, es leben häufig nur zwei Generationen zusammen.
- Ehen werden geschieden, dadurch besteht oft nur noch intensiver Kontakt zu Vater oder Mutter.
- Geschwisterkinder fehlen.

Die Wohnumgebung erlaubt es kleineren Kindern oft nicht mehr, allein draußen zu spielen, sie sind auf den Erwachsenen als Spielbegleitung angewiesen. Die Mutter/der Vater müssen mitgehen zum Spielplatz oder die Kinder zu Besuchen bei Freunden mindestens bringen bzw. abholen. Dadurch wird die Auseinandersetzung mit anderen Kindern von den Erwachsenen stark beeinflusst.

Freie Erfahrungen vom Spielen innerhalb einer Umgebung und innerhalb einer inhomogenen Kindergruppe werden oft erst im Schulalter gemacht, wenn es den Kindern möglich ist, sich selbständig im Straßenverkehr zu bewegen. Und auch dann wird es oft durch Hausaufgaben und feste andere Termine, z.B. Musikunterricht, Ballett u.a., stark eingeschränkt.

Lernen früher Kinder auf der Straße oder in großen Familienverbänden soziale Kompetenzen indem sie sich innerhalb einer altersgemischten Gruppe behaupten mussten, muss diese Aufgabe heute von den Institutionen übernommen werden. Dies sind vor allen Dingen Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Hatte der Kindergarten anfangs besonders die Aufgabe kognitive Anreize zu geben, muss er heute weit darüber hinaus **Lebenserfahrungsraum** sein, in dem all die Erfahrungen gemacht werden können, die früher auf der Straße oder in der Familie eingeübt wurden.

Um solche weiten Lebenserfahrungen machen zu können, brauchen wir im Kindergarten eine möglichst inhomogene Gruppe. Neben der Altersmischung ist es wünschenswert, möglichst Kinder aus vielen unterschiedlichen Lebenswelten zu haben, das sind selbstverständlich

- Mädchen und Jungen
- aus möglichst unterschiedlichen Familien
- mit unterschiedlichen Begabungen.

Wenn wir darüber hinaus noch die Chance haben, das Lernumfeld zu erweitern mit Kindern, die eine Behinderung oder eine besondere Begabung haben, ist das im Sinn der Erfahrung und der Möglichkeit zu sozialem Lernen nur wünschenswert.

Aufgaben des Kindergartens

Der Kindergarten muss die Prozesse der Entwicklung von sozialen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten ermöglichen. Neben den Räumen und der Zusammensetzung der Kindergruppe sowie den Öffnungszeiten, sind das vor allen Dingen die sozialpädagogischen Fachkräfte, die hierfür die Bedingungen schaffen müssen.

Kinder brauchen Vorbilder. Sie beobachten:

- wie Erwachsene mit Konflikten umgehen,
- wie schwierige Situationen gemeistert werden,
- welchen Respekt Anderen entgegen gebracht wird,
- wie Gefühle angesprochen werden.

Kinder brauchen Zeit, um miteinander umgehen zu können und um gegenseitige Lernerfahrungen zu ermöglichen. Wer schon einmal beobachtet hat, wie sich neue Moden schon im Kindergarten verbreiten, ohne dass die Erwachsenen etwas dazu tun, außer es zu ermöglichen bzw. zuzulassen, der kann sich vorstellen, welches Potenzial an Lernerfahrungen hier besteht. Ich möchte hier nur einige nennen: Gummitwist, Rollerfahren, ohne Stützräder Fahrrad fahren, besondere Maltechniken, den Namen schreiben, Pokemonnamen lernen, ...

Kinder können offensichtlich leichter voneinander als vom Erwachsenen lernen, vielleicht, weil der Abstand nicht so groß ist. Während meiner Arbeit in der Frühförderung war es mir immer sehr recht, wenn Geschwisterkinder bei der Therapie anwesend waren. Sie haben oft Lernschritte für das Kind mit Behinderung eingeleitet, weil sie im Umgang sehr viel selbstverständlicher Forderungen gestellt ha-

ben oder als Vorbild für das Kind einen starken Anreiz geschaffen haben, etwas zu versuchen.

Die Verantwortung der PädagogInnen liegt also viel mehr darin, die Lernerfahrungen zu ermöglichen, als sie immer selbst zu initiieren.

Wie hilfreich kann doch ein besonders begabtes Kind sein, das vielleicht im Kindergarten schon lesen kann, oder ein motorisch sehr geschicktes Kind, das neue Anreize in der Weiterentwicklung der Motorik gibt.

Allerdings muss klar sein: **Es muss normal sein, verschieden zu sein.**

Kinder akzeptieren Stärken und Schwächen bei anderen Personen, wenn wir es ihnen vorleben. Sie beobachten sehr genau, ob wir als Erwachsene Kinder ausgrenzen oder evtl. erniedrigen. Wir müssen das Vorbild sein für die Akzeptanz von **Anderssein**.

Was hat das alles mit Integration zu tun?

Integrationserziehung ist nichts anderes als eine Pädagogik, die auf die individuellen Bedürfnisse **aller** Kinder eingeht. Weil Kinder verschieden sind, brauchen sie auch unterschiedliche Aufgaben und haben unterschiedliche Entwicklungen. Das ist bei allen Kindern so, nicht nur bei besonders begabten Kindern oder bei Kindern mit Behinderung. Es gibt aus meiner Sicht keine Kinder, die nicht geeignet wären für eine integrative Gruppe. Es gibt auch mit schwerbehinderten Kindern gute Erfahrungen, wenn die Rahmbedingungen stimmen. Natürlich müssen ausreichend Fachkräfte da sein, die z.B. den erhöhten Pflegeaufwand gewährleisten. Die Angst des Personals vor den Anforderungen in Bezug auf die Pädagogik ist oft unbegründet. Welche Mutter hatte vor der Geburt die Möglichkeit, sich auf die besonderen Bedürfnisse des schwerbehinderten Kindes in einer langjährigen Berufsausbildung vorzubereiten? Die Erfahrungen der Eltern müssen und dürfen einbezogen werden, sie sind die Fachleute für ihr Kind.

Das Personal braucht ausreichend Zeit zur Reflexion und Vorbereitung der pädagogischen Arbeit. Die Möglichkeit, bei Bedarf Fachkräfte hinzuzuholen, sowie zu Fortbildung muss abgesichert werden.

Alle Kinder und PädagogInnen gewinnen durch die reduzierte Kinderzahl in integrativen Gruppen. Im Normalfall sind das 15 Kinder, davon 3-5 Kinder mit Behinderung oder von Behinderung bedroht, mit 2 - 2,5 Fachkräften.

Der Weg, zugunsten besserer kognitiver Förderung auf soziale und emotionale Anreize zu verzichten, ist m.E. falsch. Wenn wir Kinder mit ähnlichen Biographien zusammenfassen, fehlen die regulierenden und anspornenden Anreize. Wovon soll ein Kind adäquate Sprache lernen, wenn alle Kinder der Gruppe eine Sprachbehinderung haben? Welches Verhalten in einer Gruppe ist normal, wenn nur Kinder mit Verhaltensproblemen zusammen sind?

Der Fokus in Sondereinrichtungen liegt auf den Defiziten. Das, was Kinder nicht gut können, ist das Auswahlkriterium für die Zusammenstellung einer Gruppe. Die Verantwortung für die Lernerfahrungen liegt in Sondereinrichtungen in viel höherem Maße bei den Erwachsenen. Sie suchen aus, was die Kinder an Anreizen bekommen, die vielfältigen Möglichkeiten voneinander zu lernen werden stark eingeschränkt.

Studien aus dem Schulbereich haben immer wieder belegt, dass Kinder aus integrativen Kindergärten und Schulen im kognitiven Bereich nicht schlechter, aber im sozialen und emotionalen Bereichen deutlich besser abschneiden als Kinder ohne diese Erfahrungen. Was für die Schule gilt, gilt noch in höherem Maße auch für die Kindergärten. Kinder lernen angstfreier, weil sie nicht aneinander, sondern an sich selbst gemessen werden.

Die PISA-Studie hat das auch eindrucksvoll belegt. Die 10 führenden Länder haben zwar sehr unterschiedliche Bildungssysteme, aber alle verzichten auf frühe Selektion, die bei uns in Bayern leider häufig bereits im Kindergarten beginnt, weil schon 4-jährige Kinder in schulvorbereitenden Einrichtungen aufgenommen werden, die den Sonderschulen angegliedert sind.

Behinderte Kinder profitieren in integrativen Kindergärten vor allen Dingen von den vielfältigen Anreizen einer Kindergruppe, sowie von den wesentlich kürzeren Anfahrtswegen zum Kindergarten. Nicht selten müssten sie ansonsten stundenlange Fahrtwege auf sich nehmen.

Kinder ohne Behinderung profitieren vor allen Dingen in sozialen und emotionalen Bereichen von Integrationsgruppen. Sie lernen tolerant miteinander umzugehen. Und erfahren, **dass es normal ist, verschieden zu sein.**

von Heidi Breucker-Bittner

Dipl.-Sozialpädagogin
Freiberufliche Tätigkeit, Hilfe zur Erziehung für
gehörlose und Schwerhörige Eltern mit hörenden
oder gehörlosen Kindern



Berichtigung:

Bereits in der letzten DDS hatten wir darauf hingewiesen, dass in der DDS 3/03 im Artikel »Die Abwicklung der Altlasten schreitet voran!« wie auch in unserer Broschüre **Wieviel ist Euch unsere Zukunft wert?** (Seite 15) die Aussage korrigiert werden muss, auch für die Stadt Erlangen gälte, dass »Schulkindergärten ... trotz nachweislichen Bedarfs und ohne Alternative ... geschlossen« werden. ERLANGEN hat zwar auch nur noch die Hälfte seiner ehemaligen Schulkindergärten, aber es wurden nach Jugendhilfeplanung zwei alternative Maßnahmen geschaffen:

- eine zusätzliche Spielstube (= besonders für Notwohngebiete eingerichteter »Sonderkindergarten« mit 15 Kindern/Gruppe)
- im Innenstadtbereich wurde in einem städtischen Kindergarten die Gruppenstärke auf je 20 Kinder herabgesetzt.

Es bleiben allerdings Zweifel, ob der geringere Bedarf an Schulkindergärten auch auf die Werbung von Förderzentren für Dia-Fö-Klassen zurückgeführt werden kann, in diesem Falle wäre es keine fachliche Alternative!

Günther Schedel-Gschwendtner, Organisationssekretär der GEW für Jugendhilfe und soziale Arbeit

Viel Lärm um noch weniger

Die Diskrepanz zwischen der jüngsten Änderung des BayEUG und dem Ziel »Eine Schule für alle«

Dreier Anläufe hat es bedurft, bis die CSU-Mehrheit im Landtag der Änderung des BayEUG schließlich zustimmen konnte. Sie hätte die Sonderschule sicher gerne unangetastet gelassen, aber der Trend sprach gegen sie:

Viele Eltern mit behinderten Kindern sind gegen deren Aussonderung, zumal die Erfahrungen anderswo beweisen, wie gut Integration gelingen kann, wenn denn die Bedingungen stimmen. Und die PISA-Ergebnisse zeigen, dass größtmögliches Sortieren keineswegs größtmögliche Bildungserfolge mit sich bringt.

Dem SPD-Entwurf, der ein Wahlrecht für Eltern vorsah, wurde ein CSU-Entwurf entgegengestellt, ExpertInnen von Verbänden und Gewerkschaften wurden gehört. Auch die VertreterInnen von Städten und Gemeinden kamen zu Wort. Letzteren zuliebe wird wohl das Konnexitätsprinzip in die Bayerische Verfassung aufgenommen. »Wer anschafft, muss auch zahlen!«, heißt es darin, und so kann letztendlich niemand »anschaffen«, wie eine Schule ausgestattet sein muss, damit ein Kind mit Behinderung dort gut leben und lernen kann, wenn er nicht gleichzeitig sagt, wie das zu finanzieren ist.

Das Resultat ist ein Gesetz, das kaum zusätzliches Geld kostet, das niemandem weh tut, außer den IntegrationsbefürworterInnen und das das meiste so belässt, wie es seit langem war.

Über allen Integrationsbemühungen steht der Finanzierungsvorbehalt. Die Städte und Gemeinden sahen eine Kostenlawine auf sich zu rollen. Wer sollte all die Rampen, Halterungen, Pflegekräfte und Sonderbeförderungen bezahlen? Im eilig verfassten KMS (19.3.2003) wird ihnen Hilfe zuteil: »Die allgemeinen Schulen können diese Verpflichtung (sonderpädagogische Förderung, d.Verf.) jedoch nur in dem Maße erfüllen, wie ihnen hierzu die Möglichkeiten gegeben sind und personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung stehen, etwa durch Förderungen innerhalb des stundenplanmäßigen Unterrichts, durch Gewährung von Prüfungsvergünstigungen (soweit erforderlich) oder durch den Einsatz von Stunden für den Förderunterricht.«

SchulleiterInnen der Regelschule wird – damit ihnen die Arbeit an Statistiken nicht ausgeht – mit jedem »Förderkind« ein Datenblatt überreicht, auf dem sie zwei Jahre lang festhalten müssen, welcher zusätzlichen finanziellen Aufwand (Beförderung, Pflegekräfte, ...) dieses Kind für den Schulaufwandsträger bedeutet. Eine ethische Meisterleistung!

Neue Namen in Artikel 20

Viel Sprachkosmetik wurde betrieben. Von »Behinderung« wird schon lange nicht mehr gesprochen. Jetzt wer-



Foto: Gisela Lau

den die Förderschulen nach ihren Förderschwerpunkten eingeteilt: »Sehen, Hören, körperliche und motorische Entwicklung, geistige Entwicklung, Sprache, Lernen, soziale und emotionale Entwicklung«. Es sind wieder sieben Formen geworden, nicht eingerechnet die Sonderberufsschulen und die sonderpädagogischen Förderzentren (Sprache, Lernen, soziale und emotionale Entwicklung).

Wer darf, wer nicht?

Grundsätzlich sollen alle Kinder zunächst zur Regelschule, außer denjenigen, »die am gemeinsamen Unterricht in der allgemeinen Schule nicht aktiv teilnehmen können oder deren sonderpädagogischer Förderbedarf an der allgemeinen Schule auch mit Unterstützung durch Mobile Sonderpädagogische Dienste nicht oder nicht hinreichend erfüllt werden kann...« (Artikel 41 (1)).

Hat die Grundschule einen »erhöhten sonderpädagogischen Förderbedarf« festgestellt, ob vor Schuleintritt oder später, beantragt sie ein sonderpädagogisches Gutachten bei der Förderschule. Es soll (euphemistisch, wie wir uns in der Sonderschule ausdrücken!) den »Förderbedarf« beschreiben und den »geeigneten Förderort« empfehlen. Von Anfang an sind die Erziehungsberechtigten in den Entscheidungsprozess einzubinden. Am Ende hilft ihnen das aber wenig, denn im Konfliktfall entscheidet das zuständige Staatliche Schulamt. Sie können dann noch die Einbeziehung einer »überörtlichen, unabhängigen Fachkommission«, deren Mitglieder am bisherigen Verfahren nicht beteiligt waren, beantragen. Deren Votum muss das Schulamt bei seiner Entscheidung »würdigen«. Dieses Ausbooten der Eltern aus dem Entscheidungsprozess wurde noch in einem letzten Dringlichkeitsantrag einiger CSU-Abgeordneten gefordert.

Bayern hat jetzt also keinen Zwang zur Lernzielgleichheit mehr, der neue Grundschul Lehrplan ist hilfreich für den Umgang mit Heterogenität, im Erziehungs- und Unterrichtsgesetz steht »Die sonderpädagogische Förderung ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten Aufgabe aller Schularten.« (Artikel 2)

Der Boden für eine Schule ohne Aussonderung sollte also bereitet sein. Die Realität ist anders:

Ein Schulsystem, das seine Qualität über ein notenabhängiges Ausleseverfahren definiert, kann Kinder mit Problemen, ob körperlicher oder geistiger Genese, nur als Hemmschuh empfinden. Ein noch so differenzierter Lehrplan in der Grundschule wird zur Makulatur, wenn der Unterricht vor allem dazu dienen soll, die Weichen für eine frühe Aussonderung zu stellen. Ein Kind mit Behinderung wird vor allem den Unterschied wahrnehmen, der zwischen den eigenen Leistungen liegt und denen der potentiellen GymnasiastInnen. Dieser Unterschied wird schulrechtlich auch dadurch manifestiert, dass »Förderkinder« in keinem Fach Noten bekommen sollen, sich also ganz deutlich von

den anderen Kindern abheben.

Eine Schulverwaltung, die der Regelschule zwar »erlaubt«, Kinder mit Behinderungen aufzunehmen, sie aber dann im Regen stehen lässt, wenn es um die Ressourcen geht, kann es mit der einen Schule für alle Kinder auch nicht allzu ernst nehmen.

Integration darf nicht als kleine Sonderform der Regelschule gedacht werden, sondern braucht die Veränderung der ganzen Schullandschaft.

von Gabi Gabler

Vorsitzende der Fachgruppe
Sonderpädagogische Berufe



Seit Wochen erreichen die GEW alarmierende Meldungen von Volkshochschulen, Schulen, Bildungsträgern und Verbänden der Jugendberufshilfe sowie der Behindertenförderung. Im Zuge der Umsetzung des Hartz-Gesetzes und der Vorgabe an die Bundesanstalt für Arbeit (BA), in diesem Jahr ohne Bundeszuschüsse auszukommen, ist insbesondere der sog. Eingliederungstitel mit etwa 1,8 Mrd. EUR stark gekürzt worden. Er enthält die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik; aus ihm werden u.a. die Förderung der Beruflichen Weiterbildung (FBW), Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen Ost, neuerdings und zusätzlich aber auch die Personal-Service-Agenturen finanziert. Die Sparmaßnahmen, gekoppelt mit den Vorgaben der BA, haben zu einer massiven Einschränkung von Leistungen im Bereich der FBW und der Benachteiligtenförderung geführt. Dagegen wendet sich die »Frankfurter Erklärung«, die noch UnterstützerInnen sucht:

»Frankfurter Erklärung«

Arbeitslosigkeit selbst gemacht – Nein danke! Für die Beibehaltung der Bundeszuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit!

Während die Zahl der Arbeitslosen in schwindelerregende Höhen steigt, kürzt die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit auf breiter Front ihre Ausgaben für Qualifizierungsprogramme im Bereich der Berufsvorbereitung von Jugendlichen, der beruflichen Weiterbildung und der Benachteiligtenprogramme. Unzählige Maßnahmen der Bundesanstalt – mehr oder weniger bekannt unter den Kürzeln: F-Lehrgänge, G-Lehrgänge, BBE, tip, FAuB, move, abH, FSTJ etc. etc. – werden in diesem Jahr zusammengestrichen, verschoben oder ganz abgesetzt. Gesetzlich verbriefte Anspruchsrechte auf berufliche Förderung und Qualifizierung werden damit massiv eingeschränkt.

Diese völlig absurde Situation resultiert aus der für 2003 erstmals erfolgten Streichung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von bislang 5,6 Mrd. Euro.

Die Folgen dieser Kürzungen sind katastrophal: Noch in diesem Jahr werden 100.000 bis 120.000 arbeitslose Jugendliche mehr auf der Straße stehen. Zudem werden Tausende erwachsener Arbeitsloser in die Langzeitarbeitslosigkeit und – bar jeglicher beruflicher Perspektiven – ins gesellschaftliche Abseits gedrängt. Dazu kommen rund 10.000 dann ebenfalls arbeitslose Mitarbeiter/innen aus Bildungsträgern, die schließen müssen.

Anstatt sich auf ihre gesellschaftliche Verantwortung zu besinnen, schraubt die Nürnberger Bundesanstalt ihre Vorgaben für Vermittlungsquoten bei Qualifizierungsmaßnahmen völlig unrealistisch in die Höhe und macht sie zum zentralen Kriterium für die Finanzierung von Bildungsträgern. Diese werden so gezwungen, sich vorrangig um sog. »vermittlungsfähige« Arbeitslose zu kümmern. Den angeblich weniger vermittlungsfähigen Menschen bleibt langfristig nur die Sozialhilfe. Diese Politik der Auslese ist menschenverachtend und ein nicht hinnehmbarer gesellschaftspolitischer Tabubruch. So bekämpft man Arbeitslose, nicht aber die Arbeitslosigkeit.

Die damit von der Bundesanstalt zugleich billigend in Kauf genommene »Marktbereinigung« unter Bildungsträgern (BA-Press-Info vom 11.03.2003) wird nicht – im Unterschied zu den Annahmen der Bundesanstalt – zur Durchsetzung »qualitativ hochwertiger Angebote« führen, sondern unter den Bedingungen der Mittelbewirtschaftung zu einer Billigkonkurrenz unter Weiterbildungsträgern, die auf dem Rücken der Beschäftigten, auf Kosten der Maßnahme-Teilnehmer sowie der Qualität von Bildungs- und Qualifizierungsprogrammen ausgetragen wird.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs stehen weiterhin zur gesellschaftlichen Verpflichtung einer umfassenden Qualifizierung der von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen. Dazu gehört die angemessene finanzielle Ausstattung der Bundesanstalt für Arbeit durch die Bundesregierung. Deshalb fordern wir im Interesse der Betroffenen sowie im Interesse einer unabdingbaren Planungssicherheit von Bildungsträgern der Jugendberufshilfe, der Rehabilitation und beruflichen Weiterbildung die Einstellung eines angemessenen Bundeszuschusses in den Nachtragshaushalt der Bundesanstalt für Arbeit sowie die **Rücknahme sämtlicher Kürzungen bei arbeitsamtsfinanzierten Reha-, Qualifizierungs- und Berufsvorbereitungskursen!**

Erstunterzeichner

Betriebsrat Berami, Frankfurt • Betriebsrat Berlitz Offenbach • Betriebsrat Berlitz Wiesbaden • Betriebsrat Berlitz Frankfurt • Betriebsrat bfw Hessen • Betriebsrat Bildungszentrum des Hessischen Handels, Frankfurt • Betriebsrat Bildungszentrum Kassel GmbH • Betriebsrat BuntStift e.V., Kassel • Betriebsrat BWF gGmbH, Waldeck-Frankenberg • Betriebsrat BZ Handel und Dienstleistungen e.V., Kassel • Betriebsrat DEKRA Akademie, Rhein-Main • Betriebsrat Internationaler Bund, Verbund Frankfurt – Nordhessen • Betriebsrat Jugendberatung und Jugendhilfe, Frankfurt • Betriebsrat Lehrerverbände, Frankfurt • Betriebsrat Starthilfe Ausbildungsverbund Schwalm-Eder • Betriebsrat Schule für EDV Korwisi GmbH, Frankfurt/Hanau/Wächtersbach/Gelnhausen • Betriebsrat TÜV-Akademie Rheinland GmbH, Rhein-Main • Betriebsrat VSM Verein für Sozialpädagogische Modelle, Frankfurt • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hessen • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bezirksverband Frankfurt • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Büro für Weiterbildung Rhein-Main • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Büro für Weiterbildung Mittel- und Nordhessen • Frankfurter Arbeitslosenzentrum FALZ • Bund Deutscher PfadfinderInnen, Landesverband Hessen • basa Jugendwerkstatt Hochtaunus, Oberursel • Udo Amling, Vorstandsmitglied FB 05, ver.di • Dr. Diethelm Damm, Bundesinitiative Unternehmen: Partner der Jugend (UPJ), Wiesbaden • Peter Gah, Personalrat VHS Frankfurt • Ursula Goddert, DAA Kassel • Bernd Klene, VBSF Kassel • Katharina Seewald, DGB-Regionsvorsitzende Nordhessen • Henner Stang, Supervisor in ABS bei BuntStift e.V., Kassel • Peter Wadkur, ver.di Mittelhessen • Inge Wilmsmeier, DAA Kassel • Prof. Dr. Ursula Fasselt, Frankfurt • Prof. Dr. Stefan Gaitanides, Frankfurt • Prof. Dr. Berndt Kirchlechner, Frankfurt • Dr. Cornelia Krause-Girth, Frankfurt • Prof. Dr. Achim Schröder, Darmstadt • Prof. Dr. Brigitte Stolz-Willig, Frankfurt • Prof. Dr. Wiebke Wüstenberg, Frankfurt

Weitere Unterstützungserklärungen bitte an:

GEW-Büro für Weiterbildung Rhein-Main, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt gew.weiterbildung-rhein-main@web.de • Tel. 069/21657626 • Fax 069/291819

Eine Schule für alle ist dem Auslesesystem überlegen

Nach PISA, PISA 2 und PISA 3, nun IGLU. Die Dauer und Intensität der öffentlichen Aufmerksamkeit, auch die der Fachöffentlichkeit, schwindet von Studie zu Studie. Bedauerlicherweise! Gerade die IGLU-Befunde hätten es verdient, auf ein breiteres Interesse zu stoßen.

Bevor ich IGLU und deren zentrale Ergebnisse vorstelle und bewerte, ein kurzer Blick zurück auf PISA:

Mit den PISA-Resultaten ist empirisch eindeutig die argumentative Grundlage des gegliederten Schulwesens widerlegt, nämlich, dass frühe Auslese – mit zehn Jahren wie z.B. in Bayern – und die darauf folgende Sortierung in unterschiedliche Schularten die Voraussetzung für hohe Leistungen sei.

Von niemandem mehr seriös bestreitbar, erreichten viele Länder mit **einer Schule für alle** bessere Ergebnisse als viele Länder mit einem gegliederten Schulwesen wie z.B. Bayern. Und nicht nur das. »High quality« und »high equality« sind keine sich ausschließenden Ziele. Länder mit **einer Schule für alle** erreichten nicht nur bei den Leistungen Spitzenergebnisse, es gelingt ihnen auch gleichzeitig viel besser, Chancengleichheit abzubauen als z.B. wiederum Bayern.

Wer also nach PISA weiterhin behauptet, um möglichst gute Leistungen von Schülerinnen und Schülern zu erzielen, sei eine frühe Auslese und ein gegliedertes Schulwesen Voraussetzung, ist entweder ignorant oder des Lesens nicht mächtig bzw. hat andere Gründe für das Festhalten an den ständischen Schulstrukturen aus dem vorletzten Jahrhundert.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich sage nicht, dass integrierte Schulsysteme per se überlegen sind, unabhängig vom gesellschaftlichen Umfeld und den schulischen Rahmenbedingungen. Und: Überhaupt nicht behandelt habe ich die Frage, ob die Schulstrukturen – z.B. in Bayern – auf Grund bestimmter politischer Mehrheitsverhältnisse aktuell verändert werden können. Eine Antwort darauf ist selbstverständlich nicht unwichtig, aber zuvor ist abzuklären, welche Konsequenzen uns empirische Befunde wichtiger Studien wie PISA und IGLU nahe legen. Dann erst sollte es um Fragen der Um- und Durchsetzung gehen.

Was ist IGLU?

Nun zu IGLU. Die Abkürzung bedeutet Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung. Bei IGLU international wurde das Leseverständnis von 146 490 Viertklässlern aus 35 Ländern verglichen. Aus Deutschland waren 10 572 Schü-

lerinnen und Schüler aus 246 Schulen aus allen 16 Bundesländern beteiligt.

IGLU international wurde in Deutschland erweitert um die Untersuchung von mathematischen und naturwissenschaftlichen Fähigkeiten. Außerdem wurden orthographische Kompetenzen getestet. An dieser Erweiterung (IGLU E) beteiligten sich 12 Bundesländer. Daneben gibt es noch einen IGLU-Vergleich mit sieben beteiligten Bundesländern, u.a. auch Bayern, dessen Ergebnisse für Ende 2003 angekündigt sind.



Foto: David Ausserhofer

Hohes Niveau in der Grundschule

Ich beschränke mich hier auf IGLU international. Deutschland erreichte unter insgesamt 35 teilnehmenden Ländern den Rang 11, d.h. ein viel besseres Ergebnis als bei PISA. Die Autorinnen und Autoren schreiben in ihrer »Zusammenschau«: »Zum Ende der vierten Jahrgangsstufe erreichen die Kinder in Deutschland im internationalen Vergleich im Leseverständnis ein Kompetenzniveau, das einem Vergleich mit europäischen Nachbarländern durchaus standhalten kann. Darüber hinaus gelingt es, dieses relativ hohe Niveau nicht nur für eine kleine Gruppe zu erreichen, sondern für einen verhältnismäßig großen Teil der Schülerschaft.« Dieses Ergebnis bestätigt eindrucksvoll, was schon Professor Baumert zu PISA 3 resümiert hat, nämlich, »dass die im internationalen PISA-Vergleich nachgewiesene große Leistungsstreuung unter Schulen in Deutschland zu einem nicht unerheblichen Teil in der Sekundarstufe I institutionell erzeugt wird – nach der Auslese der Schülerinnen und Schüler am Ende der 4. Klasse in unterschiedliche Schul-

formen.« Und: »Die Leistungsschere geht in der Sekundarstufe auf.«

Geringe Aussagekraft von Noten

Eine weitere Erkenntnis aus PISA 3 findet sich – in beinahe verblüffender Klarheit – auch bei IGLU wieder, nämlich die geringe Aussagekraft von Noten und damit zusammenhängend die offensichtlich auf andere Ursachen als auf die bei den Kindern vorhandenen Kompetenzen zurückzuführende Verteilung auf die unterschiedlichen Schularten. Wieder die Autorinnen und Autoren von IGLU – in einem etwas längeren Zitat – dazu: »Betrachtet man den Zusammenhang der von den Lehrpersonen erteilten Grundschulempfehlung bzw. der Schulentscheidung der Eltern mit den Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in der Schlüsselkompetenz Lesen, so wird deutlich, dass eine große Überlappung der Leistungen besteht, die über drei Kompetenzstufen streuen. Das bedeutet, unserem Bildungssystem insgesamt gelingt erwartungsgemäß nicht die Form der Auslese, die Grundlage des dreigliedrigen Schulsystems ist: Kinder nach Leistung zu sortieren, so dass homogene Gruppen in den weiterführenden Schulen entstehen.« Und weiter: Kinder derselben Kompetenzstufe erhalten »unterschiedliche Beurteilungen in Form von Lese- bzw. Deutschnoten und auch von Übergangsempfehlungen. Neben den im Einzelfall möglicherweise fatalen Folgen für die Schul-

laufbahn eines Kindes führt dies auch zu Problemen im Unterricht, weil die aufnehmenden Schulen mit einer Homogenität rechnen, die nicht gegeben ist, und deshalb vermutlich auch nicht der vorfindbaren Heterogenität angemessene Maßnahmen zur Differenzierung und Unterstützung anbieten. Stattdessen wird nachträglich versucht, »Fehler« bei der Sortierung zu korrigieren (Wiederholungen, Querversetzungen, Schrägversetzungen).«

Einfacher ausgedrückt: In welche Schularten die Kinder aufgeteilt werden, hat wenig mit ihren Kompetenzen zu tun. Und: Da die aufnehmenden Schulen sich aber so verhalten als ob es so wäre, haben viele Kinder darunter zu leiden.

Meine Bewertung der Ergebnisse von IGLU international: Offensichtlich ist es so, dass Schülerinnen und Schüler in einer Schule für (fast) alle, der Grundschule, – es gibt ja auch noch die Förderschulen – im internationalen Vergleich erheblich bessere Leistungen erzielen als nach der Auslese in unterschiedliche Schularten mit 15 Jahren.

Und ebenso offensichtlich gelingt es dieser Schule für (fast) alle Kinder, der Grundschule, nicht nur im internationalen Vergleich bessere Leistungen zu erzielen als den Schulen der Sekundarstufe I, auch die Verringerung von Chancenungleichheit gelingt der Grundschule besser.

Warum sind Schulstrukturen tabu?

Warum wird die Debatte um Schulstrukturen von CSU und Kultusministerium, aber auch von vielen anderen, auch nach IGLU, dennoch weiter tabuisiert und statt dessen, von Kultusministerin Hohlmeier und ebenfalls vielen anderen darauf verwiesen, »dass die Kernfragen der kommenden Jahre die Unterrichtsqualität und das Unterrichtsniveau sind – und zwar unabhängig von der Schulform?«

(Diese Erkenntnis überrascht. Sie stellte sich im Kultusministerium wohl erst nach der Einführung der R6 ein. Vorher müssen die Schulstrukturen schon von Bedeutung gewesen sein. Es hätte ja sonst die R6 nicht gebraucht, wenn es schon damals nur auf die »Unterrichtsqualität und das Unterrichtsniveau« angekommen wäre, »unabhängig von der Schulform«.)

Meine Antwort ist einfach: Dass Kinder und Jugendliche – überwiegend nach ihrer sozialen Herkunft – ausgelesen werden, ist, wenn auch nicht immer das formulierte Ziel, so doch das Ergebnis bayerischer Schulpolitik. Und daran soll sich nach dem Willen der dafür politisch Verantwortlichen – und all derer, die sie unterstützen – nichts ändern. Deswegen sind die Schulstrukturen neuerdings tabu. Ansonsten werden den Reformen innerhalb der einzelnen Schulen kaum Grenzen gesetzt, solange nur die Strukturen nicht angetastet werden.



von Schorsch Wiesmaier

Vorsitzender der GEW Bayern

e-mail: sw@bayern.gew.de



Weniger Schulstruktur, mehr Lernkultur!

Fünf Thesen der Fachgruppe Gymnasien

Die folgenden Thesen stellte die Fachgruppe Gymnasien im Rahmen der Schulpolitischen Konferenz der GEW Bayern zur Diskussion:

These 1

Die Forderung nach einer **längeren gemeinsamen Schulzeit** halten wir für richtig.

Eine Konzentration allein auf diese Forderung ist aber inhaltlich unzureichend und strategisch schädlich.

Sie ist inhaltlich unzureichend, weil sie nicht von den uns gemeinsamen Grundsätzen ausgeht, sondern bei einer institutionellen Regelung ansetzt, die in der Entwicklung programmatischer Standpunkte erst an späterer Stelle auftreten kann.

Strategisch schädlich ist die plakative Verwendung insbesondere des Begriffs Gesamtschule deshalb,

- weil mit diesem Begriff sehr verbreitete Vorstellungen verbunden sind, die zwar nicht unbedingt zutreffend, dennoch kaum diskutierbar sind,
- und weil diese Forderung so weit von den bestehenden Machtverhältnissen in Bayern und bald bundesweit entfernt ist, dass sich kein Ansatz zum praktischen Handeln finden lässt.

These 2

Die **Gesamtschule** bzw. die »**keine Schule für alle**« gewährleistet nicht per se mehr Chancengerechtigkeit als das gegliederte Schulsystem.

Die Fülle der vorfindbaren Probleme lässt sich nicht in einfacher Weise auf eine bestimmte Struktur beziehen, weil auch sie sich den Verwertungsmechanismen nicht entziehen kann und grundsätzlich die Gesellschaft abbildet. Sie kann sich nicht vollständig von den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen emanzipieren.

Keine Schule kann die Kompensation der sozialen Nachteile leisten, wenn der politische Wille dazu nicht vorhanden ist und die erforderlichen Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Beispiele dafür, dass ein Gesamtschulsystem nicht unbedingt zum Ausgleich sozialer Heterogenität führt, sind das Schulsystem der USA und Großbritanniens.

Andererseits ist die Ansicht, es gebe eine mechanische Verknüpfung zwischen gesellschaftlichen Strukturen, abzulehnen. Vielmehr ist es unsere Aufgabe herauszufinden, wo sich auf Grund widersprüchlicher Vorgaben Handlungsspielräume in unserem Sinne ergeben.

These 3

Die Defizite liegen nicht allein in der **Schulstruktur** und der Undurchlässigkeit dieser Struktur, sondern auch (und vor allem?) in der mangelhaften **Lernkultur**.

- a) Es ist zuzugestehen, dass Schulstruktur und Lernkultur miteinander verknüpft sind, aber doch nicht so, dass es hier nicht größere Entwicklungsmöglichkeiten gäbe.



Foto: Robert Michel

- Das gegliederte bayerische Schulsystem wird vom Gymnasium her definiert. Die erzwungene Selektion nach der vierten Grundschulklasse wirkt auf die Grundschule ein in der Weise, dass sie die Aufgabe übernehmen muss, diese Selektion zu übernehmen; sie definiert die Arbeit der Hauptschule, indem sie sie zur Unterrichtung einer Restgruppe von Schülern zwingt, deren Entwicklungschancen damit beeinträchtigt werden.

Die dem Gymnasium zugewiesene Aufgabe, eine Auslese von leistungsstärkeren Schülern zu unterrichten, definiert in gewisser Weise auch die Art, wie dort unterrichtet wird. Die Annahme, es gebe für das Gymnasium geeignete und nicht geeignete Schüler, erlaubt diesem, nicht (mehr) für geeignet gehaltene Schüler abzuweisen; der Gedanke der Förderung ist hier nicht enthalten.

- Es wäre aber falsch anzunehmen, dass diese Folgen der Schulstruktur nicht zu beeinflussen wären. Denn es gibt immer verschiedene bis gegensätzliche Ansprüche an das Schulsystem, zum Beispiel: Es soll billig sein – es soll effizient sein; es soll eine größere Zahl von guten Schulabgängern hervorbringen – es soll möglichst gute Leistungen hervorbringen; es soll kognitive Leistungen fördern – es soll soziale Kompetenzen fördern; es soll Berechtigungen zuteilen – es soll den Menschen bilden etc. Daraus ergeben sich Handlungsspielräume, die im fortschrittlichen Sinn genutzt werden können, so dass das Bild und die Möglichkeiten einer besseren Schule erkenn-

bar werden. Werden auf diese Weise die Grenzen des Schulsystems erfahren, wird auch der Druck zur Veränderung größer. (à These 5)

b) Es ist also anzunehmen, dass insbesondere die Feststellung mangelhafter Lernkultur Möglichkeiten zur Veränderung bietet. Zu bezweifeln ist, dass alle Merkmale der Lernkultur, wie sie vom Gymnasium her geprägt wird, notwendigerweise mit der Schulstruktur verbunden sind (à These 4); hier sind auch historische Altlasten immer noch abzuarbeiten, die Gedanken der Reformpädagogik bekannt zu machen und von außen erhobene Ansprüche auf Privilegierung abzuwehren etc.

These 4

Die gegebene **Lernkultur** ist geprägt durch Abprüfkultur, Anspruchsdenken, Verrechtlichung und Auslese der Schule. Dies verhindert nachhaltige Lernprozesse.

Insbesondere ist die mangelhafte Lernkultur darauf zurückzuführen, dass in Deutschland Lernen an sich nicht vorerst als wertvolles Gut angesehen wird, sondern lediglich als Mittel dazu, bestimmte gesellschaftliche Positionen zu erreichen.

Abprüfkultur verhindert nachhaltige Lernprozesse, weil im Vordergrund die Notendarstellung steht, die die SchülerInnen dazu verleitet, sich den Stoff nur für die nächste Prüfung anzueignen. Der dadurch aufgebaute Druck verstellt den angstfreien Blick auf die Unterrichtsinhalte. Dieser Druck wird durch die Erwartung der Eltern verstärkt, dass entsprechend gute Prüfungsergebnisse den Zugang zu höherwertiger Ausbildung ermöglichen. Die zunehmende Verrechtlichung schlägt sich in immer mehr Verwaltungsgerichtsverfahren nieder, in denen Zeugnisse oder Einzelnoten angefochten werden. Dies zieht eine ständig wachsende Zahl neuer Verwaltungsvorschriften nach sich. Hier wird deutlich, wum es in erster Linie geht, nämlich um den Erwerb formaler Berechtigungen, also

um Zugänge zu Laufbahnen, die höher dotierte Berufspositionen versprechen.

Die Auslese basiert auf politisch festgelegten Quoten, denen entsprechend die Regierung in Bayern Schülerströme lenken will. Hier also, im Quotendenken, finden nicht selten statt Konzentration auf Förderung eine falsche Form der Auslese statt.

These 5

Am Kind orientierte Förderung führt zu verstärkter Integration, höherer Durchlässigkeit und wird letztendlich das gegliederte Schulwesen aufheben.

Grundsätzlich ist, nach Philologenverbandsdenken und im Verständnis der bayerischen Bildungspolitik, der Gedanke der Förderung im gegliederten Schulwesen nachrangig, da jedem Kind die für es geeignete Schulform zugewiesen werden könne. Heute besteht »Förderung« lediglich in der Beförderung angeblich nicht geeigneter SchülerInnen in die jeweils geeignete Schulart, heute vor allem die Hauptschule. Die hier zugrunde gelegte Begabungstheorie ist längst ad absurdum geführt.

In der Realität entstehen Schulprobleme aus den verschiedensten, häufig auch nur temporären Problemlagen, in denen die Schule helfend eingreifen muss. Wenn sich aber das Prinzip einer echten, nachhaltigen und vor allem gezielten Förderung durchsetzt, wird sich das Schulsystem selbst bewegen und seine eigenen Beschränkungen aufheben. Das würde bedeuten, dass SchülerInnen, die beispielsweise in Mathematik und Physik Schwierigkeiten haben und Leistungen erbringen, mit denen sie das Klassenziel nicht erreichen, trotzdem durch ihre besseren Ergebnisse in anderen Fächern in die nächsthöhere Klassenstufe aufsteigen können und nicht die Klasse wiederholen müssen. In den betroffenen Fächern aber müssen sie in spezifischen Kursen eine gezielte Förderung erhalten. Die jetzigen Regelungen des Ausgleichs und der Nachprüfung leisten dies bei weitem nicht, da auch keine institutionalisierte Förderung vorgesehen ist. Die SchülerInnen, bzw. deren Eltern bleiben mit dem nicht bewältigten Stoff allein. Die Versagensquote ist in diesem Zusammenhang unverhältnismäßig hoch. Mit gezielter Förderung aber kann wesentlich mehr Chancengleichheit erreicht werden. Dieses System der Förderung wird aber schließlich dazu führen (müssen), das gegliederte System abzulösen.

Fazit:

Statt plakative Forderungen an die Politik zu richten, sollte eine intelligente Bildungspolitik, wofür die GEW steht, erkennen, wie und wo bei diesem Selbstaufhebungsprozess nachgeholfen werden kann.

- Dann wird die GEW sich überzeugender in die Bildungspolitik einbringen, als sie es bislang tut.
- Dann wird die GEW verhindern, dass sie in Bayern nur als marginale Gruppe wahrgenommen wird.
- Dann wird sie in Bayern schulpolitischen Einfluss haben und etwas bewegen und verändern können und ernst genommen werden.

Landesfachgruppe Gymnasien der GEW Bayern

Kontakt: Eugen Eder-Clouston, Kirchganger 7, 84405 Dorfen

Tel. 0 80 81-40 47, e-mail: Eder-Clouston@t-online.de

Öfter mal was Neues

oder:

Es lebe der Sport!

Es ist in der DDS schon verschiedentlich auf die Veränderungen in der ErzieherInnen-Ausbildung in Bayern hingewiesen worden. Insbesondere in dem Artikel »Alter Wein in neue Schläuche« (DDS Juli/ August 2002) wurden eine Reihe grundsätzlicher Punkte angesprochen.

Wenn ich hier heute auf den speziellen Aspekt der Sporterziehung eingehe, dann deswegen, weil der Umgang mit dem Thema »Schulsport« sehr symptomatisch ist für die bayerische Bildungspolitik. Immer dann, wenn im schulischen Bereich Einsparungen geplant werden, ist der Bereich Sporterziehung der erste, der ins Blickfeld gerät.

Noch im Jahre 1994 hat der Vorgänger der heutigen Kultusministerin sich umfangreich über die hohe Bedeutung des Schulsports ausgelassen. Nachzulesen im Schulreport 4/5 vom Dezember 1994. Bereits 1996 wurde der Versuch gestartet – entgegen diesen hehren Worten – massive Kürzungen in diesem Bereich vorzunehmen. Nur dank intensiver Einsprüche konnte damals das Schlimmste verhindert werden.

Nun aber holt uns der Rotstift zumindest im Bereich der ErzieherInnen-Ausbildung doch wieder ein. Von den bisherigen 4 Stunden Sporterziehung an der Fachakademie wird eine Stunde vorverlegt ins Sozialpädagogische Seminar (SPS). Die Problematik einer solchen Verschiebung wurde in dem angesprochenen Artikel bereits dargelegt. Wie auch in anderen Fachbereichen kann im Sport die Vorverlagerung einer Unterrichtsstunde bei gleichzeitiger Streichung in der Kernausbildung nur zu einer Absenkung des Ausbildungsniveaus führen.

Nach wie vor darf ja nicht vergessen werden, dass die Sporterziehung in der erzieherischen Ausbildung sowohl auf wichtige Aspekte der ErzieherInnen-Persönlichkeit abzielt, als auch eine sportpädagogische Qualifikation für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Behinderten usw. beinhaltet. Vieles davon lässt sich im SPS ohne entsprechende Grundlagen als Voraussetzung noch gar nicht in angemessener Qualität umsetzen. Deshalb kann die im SPS zu leistende Sporterziehung kein Ersatz für einen entsprechend umfangreichen Sportunterricht an der Fachakademie sein.

In diesem Punkt teilt die Sporterziehung das Elend mit den meisten anderen Fachbereichen. Nun kommt allerdings hinzu, dass zusätzlich die Streichung einer weiteren Unterrichtsstunde in der Kernausbildung vorgesehen ist. Ganz besonders trifft diese Maßnahme natürlich diejenigen Stu-



Foto: Bert Butzke

dierenden, die nicht über das SPS in die Fachakademien kommen. Es ist unter diesen Umständen kaum möglich, auch nur die Inhalte zu garantieren, die die Studierenden für ihre eigene Persönlichkeit und Gesundheit etc. benötigen, geschweigen denn, noch alle sportdidaktischen Aspekte zu vermitteln.

Es ist häufig in den vielen Untersuchungen darauf hingewiesen worden, welche Bedeutung die Sporterziehung bei Kindern hat: Genannt seien Übergewichtigkeit, körperliche Koordinationsschwächen, Haltungsschäden u.v.a. Aber auch ihre Wirkung auf psychische Stabilität, soziale Verhaltensweisen, ihre Bedeutung zur Verarbeitung von emotionalen Spannungen, gerade in einer Mediengesellschaft seien erwähnt. Und gerade hat ein Beitrag in der Zeitschrift »Kindergarten heute« (3/2003) auch auf die vielfältige Auswirkung des Sports auf die kognitive Entwicklung, bzw. die frühkindliche Bildung insgesamt hingewiesen.

Nun mag das Kultusministerium ja vielleicht darauf verweisen, dass die Möglichkeit besteht, im Rahmen eines sogenannten Moduls, also einer Unterrichtsstunde, die die Ausbildungsstätte im musischen Bereich nach eigener Entscheidung gestalten kann, eine dritte Sportstunde an der Fachakademie selbst anzubieten. Da aber erfahrungsgemäß solche Modul-Stunden sich in erster Linie an verfügbaren oder erforderlichen LehrerInnen-Arbeitsstunden und an stundenplantechnischen Gegebenheiten orientieren, bedeutet dies in der Praxis, dass das garantierte Grundangebot im Sportbereich eben doch auf 2 Unterrichtsstunden absinkt. Die Alternative wäre ja zudem, dass ein entsprechendes Modul-Angebot wiederum zu Lasten anderer Bereiche ginge.

PISA lässt grüßen!

von Roswitha Mohren

Lindenstr. 16, 91315 Höchststadt
Koordinatorin für Sporterziehung an den
Fachakademien für Sozialpädagogik

Das letzte Kapitel

Am 12. Juli des Jahres 2003

**lief folgender Funkspruch rund um die Erde:
daß ein Bombengeschwader der Luftpolizei
die gesamte Menschheit ausrotten werde.**

**Die Weltregierung, so wurde erklärt, stelle fest,
daß der Plan, endgültig Frieden zu stiften,
sich gar nicht anders verwirklichen läßt,
als alle Beteiligten zu vergiften.**

**Zu fliehen, wurde erklärt, habe keinen Zweck.
Nicht eine Seele dürfe am Leben bleiben.
Das neue Giftgas krieche in jedes Versteck.
Man habe nicht einmal nötig, sich selbst zu entleiben.**

**Am 13. Juli flogen von Boston eintausend
mit Gas und Bazillen beladene Flugzeuge fort
und vollbrachten, rund um den Globus sausend,
den von der Weltregierung befohlenen Mord.**

**Die Menschen krochen winselnd unter die Betten.
Sie stürzten in ihre Keller und in den Wald.
Das Gift hing gelb wie Wolken über den Städten.
Millionen Leichen lagen auf dem Asphalt.**

**Jeder dachte, er könne dem Tod entgehen.
Keiner entging dem Tod, und die Welt wurde leer.
Das Gift war überall. Es schlich wie auf Zehen.
Es lief die Wüsten entlang. Und es schwamm übers Meer.**

**Die Menschen lagen gebündelt wie faulende Garben.
Andre hingen wie Puppen zum Fenster heraus.
Die Tiere im Zoo schrien schrecklich, bevor sie starben.
Und langsam löschten die großen Hochöfen aus.**

**Dampfer schwankten im Meer, beladen mit Toten.
Und weder Weinen noch Lachen war mehr auf der Welt.
Die Flugzeuge irrten, mit tausend toten Piloten,
unter dem Himmel und sanken brennend ins Feld.**

**Jetzt hatte die Menschheit endlich erreicht, was sie wollte.
Zwar war die Methode nicht ausgesprochen human.
Die Erde war aber endlich still und zufrieden und rollte,
völlig beruhigt, ihre bekannte elliptische Bahn.**

Erich Kästner, Dresden 1930



Am 12. Juli 2003 ...

Mit Erich Kästner gegen den Krieg

von Johannes Glötzner

Uns läuft's beim auf den letzten beiden Seiten abgedruckten Kästner-Gedicht aus dem Jahr 1930 kalt den Rücken runter, zumal angesichts der Jahreszahl. Zu Kästners Zeit war dieses Datum ja noch weit weg. Damals konnten sich die LeserInnen getrost zurücklehnen und denken: Uns betrifft's nicht mehr!

Heute sind die technischen Möglichkeiten und Gefahren noch um etliches größer, als es sich Kästner vor 70 Jahren vorstellen konnte! Die negative Utopie ist möglicher geworden. Auch mit dem (örtlichen) Ausgangspunkt dieses *letzten Kapitels* (Boston!) könnte Kästner einer möglichen Realität nahe kommen!

Die Ausrottung der Menschheit wäre laut Kästner die *eine* Möglichkeit, die *letzte*, den Krieg aus der Welt zu schaffen. (...) Besser wäre es, rechtzeitig *Nein* zu sagen, nicht mitzumachen, wie der *Chor* in Kästners *Solo mit unsichtbarem Chor* (1951) singt: *Ohne uns, ohne uns, ohne uns, Herr General!* Noch besser: Die Militärs zu entmachten wie in *Fantasie von übermorgen*.

Fantasie von übermorgen

*Und als der nächste Krieg begann, da sagten die Frauen: Nein!
und schlossen Bruder, Sohn und Mann fest in der Wohnung ein.*

*Dann zogen sie, in jedem Land, wohl vor des Hauptmanns Haus
und hielten Stöcke in der Hand und holten die Kerls heraus.*

*Sie legten jeden übers Knie, der diesen Krieg befahl:
die Herren der Bank und Industrie, den Minister und General.*

*Da brach so mancher Stock entzwei.
Und manches Großmaul schwieg.
In allen Ländern gab's Geschrei, und nirgends gab es Krieg.*

*Die Frauen gingen dann wieder nach Haus,
zum Bruder und Sohn und Mann,
und sagten ihnen, der Krieg sei aus!
Die Männer starrten zum Fenster hinaus
und sahn die Frauen nicht an ...*

Kästner verstand sich als Aufklärer (... *durch Einsicht zu bessern*) und appellierte immer wieder und unermüdlich an die Vernunft, an den gesunden Menschenverstand. So endet sein Grußwort zur Münchner Demonstration gegen den



Krieg in Vietnam am 15.3.1968: *Der gesunde Menschenverstand ist nicht der Hanswurst der Politik. Die Humanität ist nicht der dumme August der Geschichte. Mein Wunsch lautet: Bleiben Sie vernünftig und unerbittlich! Und dieser Wunsch gilt auch in der Umkehrung: Bleiben Sie unerbittlich und vernünftig*

Fast 40 Jahre vorher hatte Kästner eine andere Formel geprägt:

Gescheit und trotzdem tapfer (in: *Und wo bleibt das Positive, Herr Kästner?*), die er nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Artikel mit

dieser Überschrift näher ausführte und mit *Mutig und trotzdem vernünftig* vervollständigte. Der Artikel schließt so: *Wir wollen Deutschland neu aufbauen und bei unserem Charakter beginnen!* Also bei der Erziehung. Kästner gründete die Kinder- und Jugendzeitschrift *Pinguin* und schrieb in einer der ersten Nummern den leider inzwischen wieder höchst aktuellen Beitrag:

Der gordische Knoten (II 72-75)

Wir alle kennen ihn noch aus der Geschichtsstunde, den makedonischen Alexander. Und auch die Anekdote mit dem berühmten gordischen Knoten kennen wir noch, die dem jugendlichen Eroberer nachgesagt wird. Als er in Gordium einzog und von dem kunstvoll verschlungenen Knoten hörte, den bislang kein Mensch hatte aufknüpfen können, ließ er sich stracks hinführen, besah sich das berühmte Ding von allen Seiten, bedachte den Orakelspruch, der dem Auflöser des Problems großen Erfolg und weithallenden Ruhm verhieß, zog kurzentschlossen sein Schwert und hieb den Knoten mitten durch.

Naja. Die Soldaten Alexanders jubelten natürlich. Und man pries die Intelligenz und die Originalität des jungen Königs. Das ist nicht gerade verwunderlich. Eines muß ich allerdings ganz offen sagen, – meine Mutter hätte nicht dabei sein dürfen! Wenn meine Mutter daneben gestanden hätte, hätte es Ärger gegeben. Wenn ich als Junge, kein Haar weniger originell und intelligent als Alexander, beim Aufmachen eines verschnürten Kartons kurzentschlossen mein Schwert, beziehungsweise mein Taschenmesser zog, um den gordischen



Bindfaden zu durchschneiden, bekam ich mütterlicherseits Ansichten zu hören, die denen des Orakels diametral widersprachen und die jubelnden Truppen aus Makedonien außerordentlich verblüfft hätten. Alexander war bekanntlich ein großer Kriegsheld, und die Perser, Meder, Inder und Ägypter pflegten Tag und Nacht vor ihm zu zittern. Nun, meine Mutter hätte sich diesem Gezitter nicht angeschlossen. »Knoten schneidet man nicht durch!« hätte sie in strengem Tone gesagt. »Das gehört sich nicht, Alex! Strick kann man immer brauchen!«

Und wenn Alexander der Große nicht so jung gestorben, sondern ein alter, weiser Mann geworden wäre, hätte er sich vielleicht eines Tages daran erinnert, und bei sich bedacht: »Diese Frau Kästner, damals in Gordium, hatte gar nicht so unrecht. Knoten schneidet man nicht durch. Wenn man es trotzdem tut, sollten die Soldaten nicht jubeln. Und wenn die Soldaten jubeln, sollte man sich wenigstens nichts darauf einbilden!« (...)

Ich habe in den verflossenen Jahren gelegentlich kurze gereimte Epigramme geschrieben und in einer kleinen Mappe aufgehoben. Eines dieser Epigramme beschäftigt sich zufälligerweise auch mit dem gordischen Knoten, und so scheint es mir angebracht, den Fünfzeiler in diesem Zusammenhang zu veröffentlichen.

Über den Nachruhm

*Den unlösbaren Knoten zu zersäbeln,
gehörte zu dem Pensum Alexanders.
Und wie hieß jener, der den Knoten knüpfte?
Den kennt kein Mensch.
Doch sicher war es jemand anders ...*

Es ist wirklich merkwürdig, nicht? Da setzt sich jemand auf die Hosen und bringt mit viel Fleiß, Geschick und Geschick einen Knoten zustande, der so raffiniert geschlungen ist,

daß ihn kein Mensch auf der Welt aufknüpfen kann, und den, der das Kunststück fertigbrachte, hat uns die Geschichte nicht überliefert! Aber wer das Taschenmesser herauszog, das wissen wir natürlich! Die Historiker haben seit Jahrtausenden eine Schwäche für die starken Männer. Auf steinernen Tafeln, auf Papyrusrollen, auf Pergamenten und in dicken Büchern schwärmen sie von Leuten, welche die Probleme mit Schwertstreichen zu lösen versuchten. Davon zu berichten, wie sich die Fäden des Schicksals unlösbar verschlangen, das interessiert sie weniger. Und darüber zu schreiben, wie seltsame Idealisten solche Schicksalsverknotungen friedlich entwirren wollten, ödete sie an. Dem Zerhacken der Knoten gilt ihr pennälerhaftes Interesse, und sie haben nicht wenig

dazu beigetragen, die alten gordischen Methoden in Ansehen und am Leben zu erhalten.

Wir haben gerade wieder einmal das Vergnügen gehabt, persönlich dabei gewesen zu sein, als so ein Knoten zersäbelt, statt mühsam aufgedröselst wurde. Es war kolossal interessant. Die Haare stehen uns jetzt noch zu Berge, soweit sie uns nicht ausgegangen sind. Und während sich auf internationalen Konferenzen Abgesandte aus aller Welt abquälen, die neuen Knoten zu entwirren, die sich allenthalben bilden, sitzen, nicht zuletzt bei uns, schon wieder Anhänger der Säbeltheorie herum und knurren: »Ist ja alles Quatsch! Wozu lange knüpfen? Durchhacken ist das einzig Senkrechte!«

57 Jahre nach dem Erscheinen dieses Artikels haben wir gerade wieder einmal das Vergnügen, persönlich dabei zusehen, wenn so ein Knoten zersäbelt statt mühsam aufgedröselst wird. Es ist wieder einmal kolossal interessant. Die Anhänger der Säbeltheorie setzen sich wieder einmal durch. – Doch: *Resignation ist kein Gesichtspunkt!* schrieb Kästner und *Wenn wir schon resignieren möchten, was sollen dann die jungen Leute tun?*

Kästner fordert, Phantasie statt des tradierten Gehabes walten zu lassen, eigenes Denken statt Nachplappern der Vorstellungen anderer. 1954 warnte er in einem politischen Eilbrief vor dem wilden Anschmiegen an den großen Bruder überm Teich. Sieben Jahre später wurde er bei seiner berühmten Ostermarschrede noch deutlicher: *Unsere Heerführer und deren Wortführer marschieren, wie Kinder nun einmal sind, munter Trompete blasend an der Tête der amerikanischen Wachtparade immer geradeaus.* Die Atom-Großmächte verglich Kästner dabei mit Goethes Zauberlehrling *Sollten sich die beiden Zauberlehrlinge ehrlich auf den Spruch besinnen, der allein aus dem Teufelskreis herausführen kann? Sollten sie rechtzeitig den gesunden Menschenverstand, die Phantasie und den Mut aufbringen, zu den Atombomben und deren Generalvertretern zu sagen: »Besen! Besen! / Seids gewesen!«?* - Diese Ansprache ist eines der eindrucklichsten Plädoyers gegen den Krieg, für Phantasie und gesunden Menschenstand, für den Frieden, für das Glück der Menschen.

(Wir mussten diesen Artikel erheblich kürzen, stellen ihn aber in ursprünglicher Länge ins Internet: www.bayern.gew.de)

Ende Mai erscheint eine 72-seitige Broschüre mit dem Titel »Am 12. Juli 2003... Mit Erich Kästner gegen den Krieg« von Johannes Glötzner zum Preis von 5 EUR. Bestellung über: Edition ENhuber, Enhuberstr.9, 80333 München

Aus der Traum!

Abschied von der »Chancengleichheit« im Bildungssystem?

Am 27. und 28. März fand in München ein zweitägiger Kongress der Bayerischen Rektorenkonferenz »Studienqualität gestalten – Neue Wege der Studienfinanzierung« statt. Wie der Titel schon deutlich macht, spielten bei den Diskussionen Studiengebühren eine zentrale Rolle. Besondere Beachtung fand dabei das Modell der Technischen Universität München und der Bertelsmannstiftung (CHE): »ExzellenTUM«.



Mahnwache auf dem Odeonsplatz (Fotos: M. Bayer)

»ExzellenTUM« gilt als Zukunftsvision für die Organisation und Finanzierung von Hochschulbildung.

Dabei geht es im Wesentlichen darum,

- den freien Hochschulzugang und damit die freie Berufswahl durch ein Auswahlverfahren abzulösen, bei welchem die Hochschule selbst bestimmt, welche Studierenden sie aufnimmt. Dabei definiert sich die Hochschule als Wettbewerber auf dem Bildungsmarkt. Als zentrales Kriterium gilt demzufolge die Nachfrage nach den Produkten der Hochschule: die Art ihrer Grundlagenforschung, der Output an Patenten, Fachkräften und profitabilem Humankapital.
- Forschungs- und Lehrinhalte am Bildungsmarkt zu orientieren, d.h. die Hochschule durch Spezialisierung und Profilierung als konkurrenzfähigen Betrieb zu gestalten.
- den ausgewählten Studierenden eine Rundumbetreuung zukommen zu lassen, die sowohl studientechnisch als auch sozial und ökonomisch als Teilbedingung einer effizienten Produktion von Humankapital gesehen wird.
- Corporate Identity und Elitebewusstsein als Marketinginstrument aufzubauen.

- eine dreigliedrige Hochschulfinanzierung durchzusetzen: Studiengebühren, Drittmittel/Spenden (Alumni), staatliche Zuschüsse.

Das Neue an »ExzellenTUM« besteht darin, dass die Lebenssituation der Studierenden im Modell thematisiert wird und die Hochschule sich auch als dafür zuständig begreift. Den studentischen »Kunden« soll nicht nur eine hervorragend verwertbare Ausbildung geboten werden, sondern auch hervorragende Studienbedingungen. Vor allem der studienschädlichen, prekären Wohn- und Jobsituation will sich die Hochschule dadurch annehmen, dass sie Jobs und Wohnraum anbietet. Darüber hinaus sollen schon während der Ausbildung Firmenkontakte hergestellt oder eine studienbegleitende Beratung offeriert werden.

Um die Studienfinanzierung für die Studierenden sozialverträglich zu gestalten, plant man ein Stipendien- und Darlehenssystem.

Die GegnerInnen von »ExzellenTUM« wenden sich ausdrücklich nicht gegen notwendige und sinnvolle Struktur-

reformen, wie bessere Betreuung, Bürokratieabbau und Unterstützung bei Wohnungs- und Jobfragen. Aber sie vermuten, dass diese Ansatzpunkte nur als Köder dienen, mit dem die Studierenden an den Haken der Kostenprivatisierung gelockt werden sollen. Denn hinsichtlich der Machbarkeit, z.B. allen Studierenden Wohnraum anbieten zu können, besteht erhebliche Skepsis. Auch finden sich im »ExzellenTUM«-Modell



kaum Ansätze für konkret vorhandenen Veränderungsbedarf – z.B. Teilzeitstudium, Überprüfung der Lehrinhalte, Demokratisierung der Bildungseinrichtungen oder eine »Entschulung« des Studiums.

Immer klarer wird, dass die in diesem Rahmen geführte Diskussion um Studiengebühren, letztlich auf eine politische Kernfrage zielt, nämlich auf die des Verständnisses von Staat und Gesellschaft. Somit muss das Modell eingeordnet werden als ein weiterer Versuch neoliberaler Thinktanks, Studiengebühren, Privatisierung und Elitisierung höherer Bildung als Zaubermittel gegen die Krisen des sogenannten »Bildungsstandortes« in die Köpfe zu implementieren.

Die Kritik an diesem Modell konzentriert sich deshalb in erster Linie auf die Form der Finanzierung von Hochschule, als Dreh- und Angelpunkt einer möglichen Bildungsbeteiligung:

- Studiengebühren sind Teil des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft mit dem wesentlichen Merkmal der Privatisierung sozialer Risiken (inklusive schlechter Bildung) und gesellschaftlichen Reichtums.
- Jede Verkoppelung von Bildungschancen mit der – strukturell ungleichen – privaten Einkommens- und Vermögensverteilung in der Gesellschaft reproduziert die entsprechende Ungleichheit in der Bildung; da hilft auch kein Darlehenssystem.
- Studiengebühren – unter welchem Namen auch immer – haben abschreckende Wirkung und das vor allem auf die bildungsfernen Bevölkerungsschichten.
- Studiengebühren ersetzen Rechts-, Beteiligungs- und Mitwirkungsansprüche durch ein privates Marktverhältnis zwischen VerkäuferInnen und KundenInnen.
- Eine sinnvolle Reform, die soziale Ungleichstellung mit einbezieht, muss also notwendige (staatliche) Dienstleistungen, wie z.B. Bildung und Erziehungshilfen, allen ohne finanziell Hürden zugänglich machen. Finanziert werden kann und muss dieser Aufwand über ein sozial gerechtes Steuersystem.

Auf Basis dieser Kritik hat sich ein Bündnis zusammengefunden, das offensiv die Forderung nach einem Verzicht auf jegliche Form von Studiengebühren vertritt. Ihm haben sich das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), die Studierenden der GEW Bayern, der AStA der Uni München, die Fachschaft MPI der TU München, die Juso-Hoch-

schulgruppe München, attac-Campus München sowie die Landes-ASten-Konferenz Bayern (LAK) angeschlossen.

Das Bündnis protestierte gegen den Kongress in Form einer Mahnwache, an der sich ca. 30 Leute beteiligten, was angesichts der schlechten Mobilisierungsmöglichkeiten in der vorlesungsfreien Zeit und der kurzen Vorbereitungszeit nicht anders zu erwarten war. Diese Aktion hatte nicht nur den Effekt, dass die Staatsmacht mit 7 Bussen und 5 PKW, unterschiedlichen Einheiten und zivilen Einsatzkräften auf fuhr. Auch der TU-Präsident, diverse Gäste des Kongresses und die Presse sahen sich veranlasst, die Mahnwache zu besuchen.

Anschließend an den Kongress lud das Bündnis noch zu einem Pressegespräch ein, um seine Einschätzung des Kongresses und seine Positionen zu Studiengebühren zu erläutern sowie die Möglichkeit zum Nachfragen zu geben.

Auf eine Nachtreffen auf Einladung des LASS der GEW Bayern wurde am 12. April wurde die Aktion positiv eingeschätzt und ein bayerisches Aktionsbündnis gegen Studiengebühren gegründet, das sich auch gleich an der nächsten Veranstaltung, einer Podiumsdiskussion zum Thema »Brauchen wir Studiengebühren?« beteiligte.

Weitere Infos:

<http://www.stuve.uni-muenchen.de/gewerkschaften>



von Michael Bayer

AK-Gewerkschaften/GEW-Hochschulgruppe

e-mail: michaelb@stuve.uni-muenchen.de



Ihrer Stimme Gehör geben

Buchreihe mit Berichten Überlebender des KZ Flossenbürg

Bald werden die letzten Überlebenden des Konzentrationslagers nicht mehr persönlich Zeugnis von ihren Leiden und den Gräueln in den Lagern ablegen können. Die Erinnerung an sie nicht verschwinden zu lassen, hat sich die Arbeitsgemeinschaft ehemaliges KZ Flossenbürg mit der Buchreihe »Ihrer Stimme Gehör geben« als Ziel gesetzt.

In den ersten beiden Bänden werden Schicksale ehemaliger Gefangener des Konzentrationslagers Flossenbürg in Zeitzeugenberichten zusammengefasst. Originaldokumente und Bildmaterial ergänzen die Berichte.

Band 1 »Zwangsarbeit« stellt detailliert die vielfältigen Formen der »Vernichtung durch Arbeit« im KZ Flossenbürg, seinen Außenlagern und den verschiedenen Arbeitskommandos dar.

Band 2 »Gegen das Vergessen« enthält lebensgeschichtliche Berichte, festgehalten in Briefen und Interviews, in denen die ehemaligen Gefangenen ihre KZ-Zeit und ihr Leben nach der Befreiung Revue passieren lassen.

Eine besonders eindringliche Form der Erinnerung stellt der dritte Band **»Kunst im KZ«** dar. In Katalogform werden Exponate, vor allem Gemälde und Zeichnungen, publiziert, welche Künstler und Autodidakten während ihrer Haft im KZ Flossenbürg oder danach geschaffen haben. Gerade für junge Menschen bietet dieses sinnliche Erfassen über die Bildebene einen besonderen Zugang zur Thematik. Auch die beiden ersten Bände erscheinen mit ihren authentischen und sehr eindringlichen Berichten gut geeignet für den Einsatz an Bildungseinrichtungen - lassen sie doch fern jeder Abstraktion Gesichter hinter Zahlen deutlich werden.

Zu beziehen sind die Bücher entweder direkt bei der Arbeitsgemeinschaft ehemaliges KZ Flossenbürg e.V. • Rote-Hahnen-Gasse 6 • Regensburg • Tel.: 09 41 - 5 82 64 • Fax: 09 41 - 56 73 98 oder im Buchhandel

B. Füßl, S. Seifert, H. Simon-Pelanda: Zwangsarbeit. 112 S., 22 Abb., Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn, 2. verb. Auflage Frühjahr 2003, ISBN 3-89144-296-3, 10,00 EUR

B. Füßl, S. Seifert: Gegen das Vergessen. 139 S., 14 Abb., Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2001, ISBN 3-89144-329-3, 12,90 EUR

H. Simon-Pelanda: Kunst und KZ. Die Künstler und das KZ Flossenbürg. 64 S., 60 teils farbige Abbildungen, Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2001.

Broschur ISBN 3-89144-333-1 12,90 EUR, Gebunden ISBN 3-89144-332-3 14,90 EUR

Zielvereinbarungen

Aufgaben für Betriebsräte und Personalräte

Begriff und arbeitsrechtliche Bedeutung

Zielvereinbarungen (ZVen) spielen in der Arbeitswelt eine immer bedeutendere Rolle. Sie bestehen darin, dass »Vorgesetzte mit ihren Mitarbeiter/innen oder ganzen Teams Abmachungen über anzustrebende Ziele« treffen. »Es handelt sich dabei um ein Führungsinstrument, das auch zu Zwecken der Entlohnungsgestaltung genutzt werden kann...« (Breisig, Entlohnung und Führen mit Zielvereinbarungen, 2. Auflage, Bundverlag 2001).

ZVen gibt es in der Privatwirtschaft ebenso wie im öffentlichen Dienst (»Neues Steuerungsmodell«), das Thema ist also – individuell und kollektivrechtlich – für beide Bereiche relevant.

Der Begriff ist mehrdeutig. Über seine rechtliche Einordnung gibt es unterschiedliche Meinungen, die rechtliche Bedeutung kann auch von Fall zu Fall unterschiedlich sein. Eine ausführliche Untersuchung hierzu findet sich bei Plander, ZTR, 2002/155 ff, die Lektüre dieses Aufsatzes, dem ein zweiter folgen soll, ist dringend zu empfehlen, er ist auch für juristische Laien verständlich. Die rechtliche Bedeutung kann je konkreten Fall von rechtlicher Unverbindlichkeit bis zu (beiderseitiger) vertraglicher Bindung reichen.

Chance oder Falle?

Zielvereinbarungen sind nicht nur eine betriebswirtschaftliche Modesache. Sie können handfeste rechtliche Instrumente sein. Es mag ja sein, dass sie – auch – eine stärkere Einbeziehung des/der Arbeitnehmer/in in die Gesamtplanung des Unternehmens, sogar ein Element der Mitbestimmung am Arbeitsplatz sind. Sie können aber auch zur Falle werden. Schon das Zustandekommen ist problematisch: Wird hier wirklich etwas »vereinbart«, oder handelt es sich in Wirklichkeit um ein Diktat, das aber dem/der Arbeitnehmer/in später als »Vereinbarung« vorgehalten wird, der er/sie selber zugestimmt hat.

Einflussmöglichkeiten der Betriebs- und Personalräte

Es ergeben sich aus den Gesetzen eine ganze Reihe von Ansätzen. Da jeder davon jedoch unter Umständen schwierige Rechtsfragen aufwirft, die nur im Einzelfall geklärt werden können, folgt hier nur eine katalogartige Aufzählung.

Gerade der schillernde Charakter des Begriffes ZVen macht es erforderlich, dass BR und PR rechtzeitig unterrichtet werden darüber, welche Ziele der Arbeitgeber/die Dienststelle mit der Einführung eines ZV-Konzeptes verfolgt, in welcher Weise ZVen zustande kommen, was die Inhalte im Einzelnen sein sollen.

Jedenfalls löst schon der Umstand, »dass eine gewisse Wahrscheinlichkeit für das Bestehen von Aufgaben des Betriebsrates« gegeben ist (BAG) den Unterrichtsanspruch des BR oder PR aus. Die Unterrichtung ist – wie man immer wieder betonen muss – nicht davon abhängig, ob Arbeitgeber/Dienststelle ein Beteiligungsrecht gegeben sehen oder nicht. Aus der Unterrichtung kann der BR/PR erst erkennen, ob ein Beteiligungsrecht besteht.

Das Auskunftsrecht des BR (§ 80 Abs. 2 BetrVG) und des PR (§ 68 Abs. 2 BPersVG, Art. 69 Abs. 2 BayPvG) richtet sich auf rechtzeitige und umfassende Unterrichtung. Ein brauchbarer Fragenkatalog, dem die Unterrichtung gerecht werden muss, findet sich bei Breisig, S. 88/89, der auch (S. 103 ff) verständlich, weil durch Beispiele erläutert, Gestaltungsmöglichkeiten für BR/PR darstellt.

Im Bereich des BetrVG kommen in Frage:

- § 87 Abs. 1 Satz 1, Ordnung des Betriebs
- § 87 Abs. 1 Nr. 6, Technische Einrichtung zur Überwachung von Leistung und Verhalten (sofern Einspeisung in EDV erfolgt)
- § 87 Abs. 1 Nr. 10, 11, wenn ZV-Konzepte für Lohnfindung verwendet werden
- § 94 Abs. 1 Personalfragebogen
- § 94 Abs. 2 Allgemeine Beurteilungsgrundsätze

Im Bereich des Personalvertretungsrechtes

- Art. 76 Abs. 1 Satz 2 BayPVB (Mitwirkung!), § 75 Abs. 3 Nr. 15 BPersVG (Mitbestimmung!) Regelung der Ordnung der Dienststelle und des Verhaltens
- Art. 75 a Abs. 1 Nr. 2 BayPVG, § 75 Abs. 3 Nr. 17 BPersVG, Einrichtung zur Überwachung (wenn Eingabe in EDV erfolgt)
- Art. 75 Abs. 4 Nr. 4 BayPVG, § 75 Abs. 3 Nr. 4 BPersVG, Lohngrundsätze, wenn die ZV für Lohnfindung relevant sein kann
- Art 75 Abs. 4 Nr. 10 BayPVG, § 75 Abs. 3 Nr. 8 BPersVG, Personalfragebogen
- Art 75 Abs. 4 Nr. 11 BayPVG, § 75 Abs. 3 Nr. 9 BPersVG (bei Arbeitnehmer/innen Beurteilungsrichtlinien).

Zur Beteiligung von Personalräten gibt es bereits Entscheidungen im Beschlussverfahren: VGH Mannheim, AP Nr. 10 zu § 79 LPF Baden-Württemberg; VG Karlsruhe PersR 1997/407 ff, z.n. Plander a.a.O.

Allgemeine Rechte von BR/PR, Inhaltskontrolle

Das VG Karlsruhe befasst sich übrigens mit dem MBR bei Mitarbeitergesprächen, die ebenfalls in diesen Bereich gehören und hinsichtlich derer ebenfalls rechtzeitige Information und Beteiligung verlangt werden muss.

Die für das BetrVG spezifischen Individualrechte der Arbeitnehmer §§ 81, 82 Abs. 1 und 2 ergeben für Betriebsräte die Aufgabe, über die Einhaltung dieser Rechte auch und gerade bei ZVen zu wachen (§ 80 Abs. 1 Nr. 1 Be-

trVG). Maßstäbe für die Inhaltskontrolle ergeben sich aus §§ 75 Abs. 1 und 2 BetrVG, Beschwerden von Arbeitnehmer/innen kann der BR bis zur Einigungsstelle verfolgen (§§ 84, 85 BetrVG).

Die **Personalvertretungsgesetze** bieten nicht die konkreten Ansätze wie das BetrVG. Immerhin aber ergeben auch hier die Normen des Diskriminierungsverbotes (Art. 68 Abs. 1 BayPVG; § 67 Abs. 1 Satz 1 BPersVG) Handlungsgrundlagen, die der Überwachungsaufgabe (Art. 69 Abs. 1 Buchstabe a BayPVG, § 68 Abs. 1 Nr. 2 BPersVG) unterliegen. Auch hier kann die Pflicht des PR zur Befassung mit Beschwerden der Beschäftigten (Art. 69 Abs. 1 c BayPVG, § 68 Abs. 1 Nr. 3 BPersVG) Wirkungsmöglichkeiten des PR eröffnen.

Zu den Normen, deren Einhaltung BR und PR zu überwachen haben, gehört natürlich – obwohl dies in den Personalvertretungsgesetzen nicht ausdrücklich gesagt ist – das allgemeine Persönlichkeitsrecht (und die sonstigen Grundrechte) der Beschäftigten bzw. Arbeitnehmer/innen. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht verbietet bereits, dass in ZV-Gesprächen oder deren schriftlichen Fixierung Erhebungen versucht werden, die in Bereiche eindringen, auf deren Offenbarung der Arbeitgeber kein Recht hat. (In diese Richtung gehen etwa Fragen, die in der Praxis aufgetreten sind, nach »Selbstverständnis« oder »Motivation« oder Fragen nach der Situation im Team, was unter Umständen auf ein gegenseitiges Anschwärzen hinausläuft).

Entsprechend den einzelnen Beteiligungstatbeständen können Regelungen in Betriebs- oder Dienstvereinbarungen erfolgen. Auch hinsichtlich der Gestaltungsmöglichkei-

ten dabei bietet das Buch von Breisig (S. 103 ff) wertvolle Hinweise. Vor allem wichtig erscheint mir dabei die Möglichkeit, durch solche Vereinbarungen die ZV-Gespräche so zu strukturieren, dass die Interessen der Beschäftigten/Arbeitnehmer/innen dabei gewahrt bleiben. Dem Beteiligungsrecht von BR/PR entspricht es auch, dass Regelungen über die Kriterien der Auswertung von ZVen und deren Konsequenzen getroffen werden können (a.a.O. Seite 120 ff). Auch hier geht es wieder darum, die Beschäftigten/Arbeitnehmer/innen an der Bewertung zu beteiligen und diese nicht einseitig der Dienststelle/dem Arbeitgeber zu überlassen.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Die Beteiligung von BR/PR bei Planung, Durchführung, Bewertung und Konsequenzen von ZVen steht unter dem Aspekt der vertrauensvollen Zusammenarbeit (§ 2 Abs. 1 BetrVG, Art. 2 Abs. 1 BayPVG, Abs. 2 Abs. 1 BPersVG). Ein verständiger Dienststellenleiter/Arbeitgeber wird die Beteiligung von BR/PR auch als Chance begreifen, das Instrument ZV dem Zweck gerecht zu gestalten, Partizipation und Motivation der Beschäftigten zu fördern. Ein einseitig verfügendes, durchgeführtes und ausgewertetes ZV-Konzept wird diesem Zweck nicht nur nicht gerecht, sondern ist lediglich ein weiteres Instrument hierarchischer Kontrolle und Herrschaft, wirkt also tendenziell gerade demotivierend.

von Konny Kittl

Rechtsanwalt in München



Hans Schuster informiert:

Richtigstellung zu Besoldungsrechtlichen Regelungen in DDS 2-2003

In der DDS Februar 2003 habe ich im Beitrag »Änderungen im Beamtenrecht« unter besoldungsrechtliche Regelungen über die Anfügung der Funktionsbeschreibungen » - als Systembetreuer an Volksschulen« und » - als qualifizierter Beratungslehrer an Volksschulen« beim Amt »Beratungsrektor, Beratungsrektorin« in der Besoldungsgruppe A 13 und der entsprechenden Funktionsbeschreibungen an Realschulen in Besoldungsgruppe A 14 berichtet. Dabei wurde auf die in den jeweiligen Fußnoten enthaltenen Einschränkungen nicht hingewiesen.

Diese lauten in Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 12:

»Es werden höchstens 68 Stellen für Beratungsrektoren als Systembetreuer an Volksschulen in der Besoldungsgruppe A 13 ausgebracht, denen die Betreuung von mindestens 60 Computerarbeitsplätzen obliegt.«

und Fußnote 13:

»Dieses Amt kann nur Beamten mit der Befähigung für das Lehramt an Volksschulen oder für das Lehramt an Grundschulen oder Hauptschulen und einer Ersten Staatsprüfung als Erweiterung gemäß LPO I (§ 109) im Fach Beratungslehrkraft

übertragen werden, denen die Betreuung und Koordination der Beratung über den Schulumtsbezirk hinaus obliegt. Es werden höchstens 32 Stellen für qualifizierte Beratungslehrer an Volksschulen in der Besoldungsgruppe A 13 ausgebracht.«

sowie in der Besoldungsgruppe A 14 Fußnote 18:

»Es werden höchstens 68 Stellen für Beratungsrektoren als Systembetreuer an Realschulen in der Besoldungsgruppe A 14 ausgebracht, denen die Betreuung von mindestens 60 Computerarbeitsplätzen obliegt.«

und Fußnote 19:

»Dieses Amt kann nur Beamten mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen und einer Ersten Staatsprüfung als nachträgliche Erweiterung gemäß LPO I (§ 109) im Fach Beratungslehrkraft übertragen werden, denen die Betreuung und Koordination der Beratung in einem Aufsichtsbezirk eines Ministerialbeauftragten obliegt. Es werden höchstens 32 Stellen für qualifizierte Beratungslehrer an Realschulen in der Besoldungsgruppe A 14 ausgebracht (bis zu 5 je Aufsichtsbezirk).«

Ich bitte die verkürzte Darstellung, die zu Missverständnis geführt hat, zu entschuldigen.



Aufruf: **Kohle für Kömür**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wenden uns mit diesem Aufruf an euch mit der Bitte um Unterstützung für das Projekt »Kohle für Kömür«.

Dieses Projekt, das mit Hilfe der GEW Bayern auf den Weg gebracht wurde, hat als Ziel, die Schülerinnen und Schüler der türkisch-kurdischen Gemeinde Kömür außerhalb der Schulzeit zu unterstützen und ihnen einen Raum für Hausaufgabenhilfe anzubieten.

Dies ist dringend erforderlich, weil die SchülerInnen wegen der Beengtheit der häuslichen Verhältnisse und wegen der mangelhaften Schulbildung der Eltern massive Probleme bei der Erledigung der Hausaufgaben haben. Außerdem sind die Eltern i.d.R. der türkischen Sprache nicht mächtig.

Das Projekt wurde in enger Absprache mit dem Bürgermeister von Kömür begonnen. Da er die oppositionell-fortschrittliche, prokurdische Partei HADEP vertritt, bekommt er weder von der Zentralregierung, noch von den staatlichen Ämtern Unterstützung. Das ist Realität. Wer eben falsch wählt, muss dafür bestraft werden.

Weil die Einwohner der Gemeinde großen Wert auf gute Bildung für ihre Kinder legen, möchte der Bürgermeister mit Hilfe unserer GEW eine Hausaufgabenhilfe gewährleisten. Dafür bekam er als Anschubfinanzierung 1000 EUR von der GEW Bayern. Mit diesem Geld wurde eine erste Grundausstattung angeschafft. Zu Beginn des Schuljahres konnte der Raum bezogen werden. Die SchülerInnen und deren Eltern waren überaus zufrieden und ein regelmäßiger Besuch der Einrichtung gab Anlass zu Hoffnung. Ein Mitarbeiter der Gemeinde organisierte zusammen mit den SchülerInnen den Betrieb der Einrichtung, da das Schulamt den LehrerInnen jede Zusammenarbeit mit der Gemeinde untersagt hat. Man hat staatlicherseits Angst, es könnte in dem Raum auch Kurdisch unterrichtet werden.

Vor kurzem erhielten wir die Nachricht, dass der Besitzer des Raumes Schwierigkeiten macht. Er drängt darauf, man möge entweder umziehen oder den Raum kaufen. Offensichtlich wird staatlicherseits (Militär!) Druck auf den Besitzer ausgeübt. In der Gemeinde gibt es keinen geeigneten Raum, der aktuell zur Verfügung stünde.

Somit bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder das Projekt wird eingestellt, oder wir ermöglichen den Kauf des Raumes. Er kostet ca. 3000 EUR. An diesem Preis müsste das Projekt nicht scheitern. Wenn viele von uns beisteuern, geht es. Wir denken auch an Kreisverbände in der GEW Bayern, die einen kleinen Betrag erübrigen können.

Die sozialen Verhältnisse vor allem in den mehrheitlich kurdischen Gebieten der Türkei sind nach wie vor erbärmlich, auch wenn in letzter Zeit Berichte darüber in unseren Medien spärlicher zu finden sind.

Natürlich leisten wir in der Arbeitsgruppe unseren Teil am Zustandekommen des Kaufs. Aber ohne zusätzliche Unterstützung geht es nicht.

Legt deshalb diesen Aufruf nicht einfach zur Seite. Überlegt euch bei der nächsten Kreisvorstandssitzung, wie der Beitrag eures Kreisverbandes aussehen könnte.

Mit kollegialen Grüßen

Arbeitskreis Gewerkschaftliche Solidarität Türkei/Kurdistan (AKK) im
GEW Landesverband Bayern

i.A. Mahmut Gergerli, Landshut und Hans Elas, Dorfen

Bitte überweist den Betrag auf das Konto der GEW Bayern

Kennwort: Kohle für Kömür

Konto:1702100901 bei der SEB München BLZ: 70010111

Dankeschön aus Nicaragua

Liebe Freundinnen und Freunde Nicaraguas,

für die im vergangenen Jahr geleistete, großzügige Unterstützung der Projektes der Kindertagesstätte der LehrerInnen-Gewerkschaft ANDEN in Juigalpa/Nicaragua bedanke ich mich im Namen des Nicaragua-Komitees Aschaffenburg herzlich. Gleichzeitig darf ich den Dank und die Grüße des Vorsitzenden der Gewerkschaft in Juigalpa, Róger Romero Robledo und der Mütter der Tagesstättenkinder übermitteln.

Die Kindertagesstätte trägt den Namen »Centro Desarrollo Infantil Hermandad Sindical ANDEN - GEW«, was bedeutet: »Kita der Partnerschaft zwischen den Gewerkschaften ANDEN und GEW«. Dass die Tagesstätte diesen Namen trägt, zeigt, welchen Rang für die nicaraguanischen KollegInnen die Verschwisterung mit der hiesigen GEW und dem Nicaragua-Komitee in Aschaffenburg hat.

Die Einrichtung finanziert sich neben den sehr geringen Beiträgen, welche die Mütter für ihr dort qualifiziert betreuten und gepflegten Kinder leisten, ausschließlich über die Spendengelder, die wir schicken. Weder Staat noch Kommunen finanzieren in Nicaragua Kindergärten. Es herrscht elende Armut. Seit die Gewerkschaft ANDEN in Juigalpa zu Beginn der 90er-Jahre die Tagesstätte als Hilfe für die meist allein erziehenden Mütter eröffnete, fließen jährlich 10.000 DM bzw. 5.000 EUR an Spenden nach Nicaragua.



Den größten »Brocken« steuert jedes Jahr der Aschaffener Buchhändler Andreas Sickenberger mit seinem Bücherflohmarkt bei. Die GEW unterstützt das Projekt mit einem beachtlichen Betrag. Und dann sind da die Einzelspender, die z.T. schon seit vielen Jahren die Kita in Juigalpa mit ihrer Hilfe am Leben erhalten. Allen vielen Dank!

Die Gelder werden vom Hauptvorstand der Gewerkschaft in Managua verwaltet und der örtlichen Gewerkschaft nach Haushaltsplan zugeleitet. Nach Jahresablauf legt ANDEN Juigalpa dem Vorstand in Managua und uns einen detaillierten Rechenschaftsbericht und den Plan für das nächste Jahr vor. So ist die korrekte und ausschließliche Verwendung der Spendengelder für die Kindertagesstätte sichergestellt und nachweisbar.

Derzeit sind 33 Kinder (1/2 bis sechs Jahre) in die Tagesstätte aufgenommen. Zwei Pädagoginnen und eine Köchin arbeiten in der Einrichtung. Die Verwaltung liegt in Händen einer Kollegin aus dem Gewerkschaftsvorstand in Juigalpa. Nachdem die Räumlichkeiten in das Anwesen der Gewerkschaft integriert sind, können das Büro und die große, offene aber überdachte Halle gemeinsam genutzt werden. Die Tagesstätte hat zwei Arbeits- und Ruheräume, eine

Küche und einen kleinen Anbau mit den Sanitäranlagen, ausschließlich für sich.

Im jüngsten Brief aus Juigalpa stellt der Gewerkschaftsvorsitzende Róger Romero Robledo u.a. folgende dringende Maßnahmen für das Jahr 2003 dar:

- die Anschaffung von neuem didaktischen Material,
- die Installation von Beleuchtung und Ventilatoren in den Gruppenräumen,
- die Renovation der Sanitäranlagen,
- die Erneuerung des Daches über der Küche (es dringt Wasser ein),
- die Anstellung einer Erzieherin für die Säuglinge,
- die tarifvertraglich festgeschriebene Lohnerhöhung von 18% für das Personal.



Es liegt auf der Hand, dass mit unserer bisher jedes Jahr erreichten Spendenhöhe von 5.000 EUR diese zusätzlichen Kosten nicht abzudecken sein werden. Dies bedeutet, wir müssen noch größere Anstrengungen unternehmen, um der Kita in Juigalpa helfen zu können. Unsere Bitte daher: unterstützt das Projekt weiter und werbt neue UnterstützerInnen. Die Sache ist es wert.

Dass darüber hinaus auch das Dach des Hauses der Gewerkschaft ANDEN auf dem selben Anwesen vom Einsturz bedroht ist, der Büroraum dringend einen neuen Fußboden braucht, das Fax seit zwei Jahren kaputt und immer noch kein PC da ist, sind Probleme, bei denen die GEW Bayern als Schwestergewerkschaft gefragt ist. Ihre Kreis- und Bezirksverbände rufen wir auf: Helft den Kolleginnen und Kollegen in Juigalpa! Eine Lehrerin verdient in Nicaragua ca. 80 EUR. Wo soll da die Gewerkschaft ANDEN Beiträge herbekommen?

Euch für die Hilfe noch einmal vielen herzlichen Dank.

Von Albrecht Sylla

Nicaragua-Komitee Aschaffenburg
Vorsitzender GEW Unterfranken

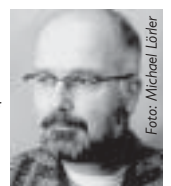


Foto: Michael Löffler

Ähnlichkeiten zwischen dem Portrait an der Hauswand der Kita (Foto oben) und dem Foto unseres Autors sind sicher beabsichtigt. Die Redaktion.



Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Mai Geburtstag feiern, ganz besonders

Franz Ludwig Kittel, Schweinfurt, zum **84.**

Herbert Geyer, Oberasbach, und **Gerhard Schmidt**, Cham, zum **81.**

Grete Wälzlein, Bad Füssing, zum **80.**

Josef Kirchner, München, zum **79.**

Dr. Werner Mangold, Erlangen, und **Adam Stupp**, Möhrendorf, zum **76.**

Eva Sengle, Füssen, zum **75.**

Heinz Colditz, Fürth, zum **70.**

Klaus Dietze, Coburg, **Ernst Gundel**, München, **Horst Mertes**, München,

Gustav Mödl, Weißenburg, und **Anton Stauber**, München, zum **65.**

Herzlichen Dank!

Wir danken im Mai allen, die der GEW seit vielen Jahren die Treue halten, ganz besonders

Josef Kastner, Rehau, seit **57 Jahren**

Herwarth Stadler, Peißenberg, seit **55 Jahren**

Karin Brückner, Schweinfurt, seit **40 Jahren**

Gabriele Haussleiter, Kirchheim, seit **35 Jahren**

Mit Medien gegen Gewalt Ergebnisse eines Aktionsprogramms als Buch und CD-Rom erschienen

Das JFF-Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis hat im Rahmen eines bundesweiten Aktionsprogramms Projekte mit Kindern und Jugendlichen gefördert, die versuchen, mit Hilfe aktiver Medienarbeit das Thema Gewalt aufzugreifen und zu bearbeiten. Ziel war es, verschiedene Ansätze aktiver Medienarbeit für Toleranz und gegen Gewalt zu erproben und Modellprojekte zu entwickeln.

Die Ergebnisse sind in diesem Buch dokumentiert und werden auf einer CD-Rom präsentiert. Sie vermitteln nicht nur einen Einblick in die vielfältigen Möglichkeiten von Medienarbeit gegen Gewalt, sondern liefern auch Ideen und Konzepte für eigene Projekte.

Zu bestellen bei:

kopaed, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München
Tel.: 0 89-68 89 00 98, Fax: 0 89-689 19 12
info@kopaed.de, www.kopaed.de

»Just Imagine. Kreativ, fantasievoll, digital... und möglichst sicher im Netz«

In die negativen Schlagzeilen geraten die Computerspiel- und Internetangebote immer dann, wenn unfassbare Taten von Jugendlichen real werden. Die multimedialen Universaltechnologien sind aber meist nicht das ursächliche Gefahrenpotential, sondern bieten viele neue Impulse zur Förderung der Kreativität und Fantasie. Die pädagogische Praxis belegt, dass junge

Dies und Das

Menschen die interaktiven Medien nicht allein zum konsumieren nutzen, sondern damit begonnen haben, die kreativen Möglichkeiten der Digital-Welten auszuloten.

Die Aktion Jugendschutz Bayern bietet dazu eine neue Broschüre, die für 3,90 EUR zzgl. Versandkosten unter der Bestell-Nr. 23121 geordert werden kann:

Aktion Jugendschutz Bayern
Fasaneriestr. 17, 80636 München,
Fax 089-12 15 73-99, info@aj-bayern.de
www.bayern.jugendschutz.de

Deutscher Jugendliteraturpreis 2003

Erstmals haben Jugendliche und Erwachsene unabhängig voneinander ihre Nominierungen für den Deutschen Jugendliteraturpreis ausgewählt. VertreterInnen der Jugendjury und der Kritikerjury stellten ihre Favoriten im März auf der Leipziger Buchmesse vor. Überschneidungen gab es keine. Die Nominierungsliste umfasst nun 30 Titel: vom verfremdeten Märchen über den packenden Thriller bis hin zum informativen Geschichtsbild ist für jeden Geschmack und jede Altersgruppe etwas dabei.

Die PreisträgerInnen werden am 9. Oktober 2003 von Bundesministerin Renate Schmidt auf der Frankfurter Buchmesse verkündet. Bis dahin wird es bundesweit

vielfältige Aktionen zu den nominierten Büchern geben.

Der Arbeitskreis für Jugendliteratur verschickt ab Mai für 1,60 EUR zzgl. Versandkosten ein Plakat und einen Katalog, der neben den Jurybegründungen auch Angaben zu AutorInnen, IllustratorInnen und ÜbersetzerInnen enthält.

Bestelladresse:

Arbeitskreis für Jugendliteratur
Metzstr. 14c, 81667 München,
Tel.: 0 89-45 80 80-6, Fax: 0 89-45 80 80-88
info@jugendliteratur.org, www.jugendliteratur.org

Praxisseminar zu den nominierten Kinderbüchern des Deutschen Jugendliteraturpreises 2003

Der Arbeitskreis für Jugendliteratur veranstaltet vom 19. bis 21. September 2003 ein Praxisseminar in Erfurt. Tagungsthema sind die neuen kindlichen Lebenswelten und deren Umsetzungen im Kinderbuch. Die Tagung behandelt neueste Ergebnisse der Kindheitsforschung und bietet Hintergrundinformationen zur Lesemotivation und Literaturvermittlung. In vier Arbeitsgruppen werden die TeilnehmerInnen eine breite Palette an kreativen Einsatzmöglichkeiten des Kinderbuches in Schule, Bibliothek, Familie und Theater erarbeiten.

Die Teilnahmegebühr beträgt 195,00 EUR (inkl. Unterbringung im DZ und Verpflegung) bzw. 205,00 EUR (inkl. Unterbringung im EZ und Verpflegung).

Programm und Anmeldung: Arbeitskreis für Jugendliteratur (Adresse bei letzter Meldung)



Geschichten aus der Stadt der Reichsparteitage für den Deutsch- und Geschichtsunterricht

Wie war das für Kinder und Jugendliche unter der Nazi-Diktatur, fragen häufig unsere Schüler. Sie können oft nicht verstehen, warum die meisten Buben und Mädchen begeistert mitgemacht haben, Adolf Hitler bewunderten und dem Führer bis zum Schluss die Treue hielten, wenn es sein musste, bis zum »Heldentod«.

Das jetzt von Max Göbel erschienene Buch »Die Oase. Kindheit und Jugend in der Stadt der

Reichsparteitage« gibt auf diese Fragen eine überzeugende Antwort. Göbel schildert aus der Sicht des kleinen Richard die Jahre 1935 - 45, die Schulzeit mit nationalsozialistisch geprägten Lehrern, die Paraden und Aufmärsche von SA und HJ, die harten Ausbildungsmethoden fanatisierter HJ-Führer im Kinderlandverschickungslager sowie die alltägliche Propaganda in Zeitung und Rundfunk. Kein Wunder, dass sich Richard mit den Erfolgen der deutschen Wehrmacht identifiziert und der Kriegsberichterstattung blindlings glaubt. Erst nach den fürchterlichen Bombennächten und mit dem Einrücken der Amerikaner in Nürnberg beginnt der 15-Jährige zu ahnen, welchen Verführungstricks er erlegen ist. Der Autor, seit Jahrzehnten GEW- und SPD-Mitglied, erzählt ausschließlich eigene Erlebnisse, immer sehr präzise und unpathetisch. Die Einbeziehung des Buchs in den Unterricht kann nur wärmstens empfohlen werden.

Thilo Castner

Max Göbel: Die Oase. Kindheit und Jugend in der Stadt der Reichsparteitage. Verlag Maria Mümmler, Emskirchen 2003, 256 S., 12,80 EUR.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- die münchener bildungsgewerkschaft -



Mitgliederversammlung

Montag, den 07.07.2003

Gewerkschaftshaus

19.00 Uhr

Tagesordnung:

Eröffnung • Wahlen: Präsidium, Mandatsprüfungskommission, Wahlkommission, Landesdelegierte, Vorstandsmitglieder, RevisorInnen, Schiedskommission • Berichte: Vorstand, SchatzmeisterIn, RevisorIn, Mandatsprüfungskommission • Aussprache • Anträge: (Antragsschluss: 24.06.03), Entlastung des Vorstandes • Sonstige Wahlen: Vorstand, Schiedskommission, Revision • Refereat • Diskussion • Verschiedenes
Ende: spätestens 22.00 Uhr

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten

... menschlich modernisieren, gerecht gestalten, das machen wir.

Wolfgang Veighlhuber

DGB München-Region
stellt die DGB-Kampagne vor

Wer sich bis 23.06.2003 anmeldet, bekommt vorhandene Anträge zugesandt.
Weitere Informationen in www.gew-muenchen.de und über die GEW-Mailinglist.

Junge GEW Bayern

Nächstes Treffen: **17. Mai um 11.00 Uhr** in Nürnberg, DGB-Haus, 7. Stock.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

geplante Tagesordnung:

- Vorbereitung der konstituierenden Versammlung im Herbst • Planung der Seminare zu Zeitmanagement • Anstellungssituation im Lehramt
- Probleme im außerschulischen Bereich • (evt.) Hartz-Konzept

Weitere Informationen bei Anna Forstner, 0961/ 40 17 630, annamforstner@web.de

Interessante Veranstaltungen ab Mai 2003

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

10.05.03	»Verbrennt mich!« (Oskar Maria Graf) Zum 70. Jahrestag der Bücherverbrennung	Kulturveranstaltung	München 18.00 Uhr DGB-Haus
14.05.03	Internet und Arbeitsrecht mit Prof. Dr. P. Wedde, Frankfurt Veranstalter: Fischer.Consulting */**	BR-Seminar	Nürnberg Konferenzzentrum der DB AG 9.30 Uhr - 17.00 Uhr
16.05.03	Schule und Bildung in Finnland Veranstalter: Evangelisches Bildungswerk */**	Fachtagung	Regensburg Evangelisches Bildungswerk
23.05.03	Aus der Geschichte lernen Tagesfahrt ins Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg. Mit Eddy Kucharzewski */**	Exkursion	Bus ab Dorfen, Erding, Freising
23.05.03	Ganztagsangebote für Schülerinnen und Schüler veranstaltet vom Kooperationsverbund Schulsozialarbeit *	Fachkonferenz	Frankfurt, GEW-Haus 10.30 - 16.00 Uhr
23. - 24.05.03	Gestern hab' ich immerhin 5 Stunden geschlafen Seminar für ReferendarInnen */**	Seminar	Regensburg
04.06.03	Die Achtsamkeit des Augenblicks - Fünf Maler in Aschaffenburg Mit Elisabeth Claus, Neuer Kunstverein Aschaffenburg	Führung	Aschaffenburg KunstLANDing 20.00 Uhr
09. - 15.06.03	»Segeln auf dem Wattenmeer mit Schulklassen« Segeltörn mit Zweimast-Klipper über westfriesische Inseln/Wattenmeer. Vorbereitung für Klassenfahrt. */**	Fortbildung	ab Harlingen, NL
11.07.03	Am 12. Juli 2003 ... Mit Erich Kästner gegen den Krieg Veranstalter: Erich-Kästner-Gesellschaft + Bildungswerk der Humanistischen Union e.V.	Antikriegs-Revue	Gräfelfing 20.00 Uhr Bürgerhaus, Bahnhofplatz 1

* Anmeldung erbeten/Programm über: GEW-Büro Regensburg, z.Hd. Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./AB/Fax: 09 41-79 36 95, E-Mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

GEW-Stammtische ... Kontakte

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Pizzeria Venezia
Kontakt: Eberhard Rauch, ☎ 0 60 21/5 26 46

Bad Neustadt jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Röhnerle
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Bistro Jojo, Schulstraße
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, DGB-Heim
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16 oder 9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d.Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Korbinian
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau jeden 3. Dienstag in ungeraden Monaten, 20 Uhr, Weinstube Reutin
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
jeden 3. Montag im Monat, 18.30 - 20.30 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
monatlich Montag im DGB-Haus, Terminübersicht bei Stefan Teuber
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 81 41/2 75 85

München AG SprachlehrerInnen jeden 2. Donnerstag, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Sabine Heigl, ☎ 0 89/2 71 38 39

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe
jeden Dienstag 19.00 Uhr, AStA Uni München
Kontakt: Michael Bayer, ☎ 0 89/2180-2072, michaelb@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Pfaffenhofen/Niederscheyern jeden 2. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Beim Griechen/Müllerbräuklaus
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Leerer Beutel
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria
Milano/Zum Mareis
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr,
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Weiden jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr,
Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 09 31/1 22 04

Seminar für ReferendarInnen
und LehramtsanwärterInnen:

**23. und 24. Mai 2003
in Regensburg**

Freitag 17.00 Uhr bis Samstag 16.00 Uhr

**»Gestern hab'
ich immerhin
fünf Stunden
geschlafen«**

Stress - »So eine schöne Stunde« - Lehrproben - Ferien!

Das LehrerInnen-dasein ist gekennzeichnet vom Auf und Ab, das von jungen KollegInnen in der Ausbildung noch viel mehr. Im Seminar steht der Austausch mit anderen ReferendarInnen im Vordergrund. »Fertige« und ein Seminarlehrer geben Tipps und Auskunft über berufliche und Gewerkschaftsarbeit. Unser Programm richtet sich in erster Linie nach den TeilnehmerInnen.

Möglich Themen sind z.B.:

- Reflexion der LehrerInnenrolle
- eigene Ansprüche / Ansprüche anderer
- Kommunikation und Körpersprache
- Alternativer Unterricht
- Zeitmanagement

Leitung/Moderation:

OStRin Hanna Poharnok, München
StRin z.A. Irmgard Freihoffer, Regensburg
LASSin Anna Forstner, Weiden/Opf.

Kosten:

Für GEW-Mitglieder: keine

Für Nichtmitglieder: 40 EUR (inkl. ÜN/VP/Seminar), ohne ÜN: 15 EUR

Anmeldung bis zum 14. Mai an:

GEW-Büro, z.Hd. Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055
Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, e-mail: GEW21972@aol.com



Die GEW München lädt ein:

Montag 19.05.03

19.30 Uhr DGB-Haus

Schwanthalerstr. 64

Vortrag und Diskussion
mit **Frigga Haug**

**Für das Leben
lernen wir ...**

Lernverhältnisse.

Selbstbewegungen und Selbstblockierungen.

Lernverhältnisse? Im Schatten von PISA-Studie und havarierenden bildungspolitischen Manövern gähnt ein Abgrund aus Ratlosigkeit gegenüber dem Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis, Methode und Resultat.

Prof. Dr. Frigga Haug liefert jetzt einen Ansatz, den gesellschaftlichen Zusammenhang der Lernverhältnisse vom Kopf auf die Füße zu stellen:

Sie erforscht Lernwiderstände, die als »Versteinierung« die Aneignung und Vermittlung von Wissen blockieren. Sie sucht nach dem verlorenen Subjekt in den gängigen Lerntheorien und schlägt Umbauten vor. Mit literarischen Lernanordnungen und empirisch auf der Alltagsebene entschlüsselt sie, wie die Einzelnen sich selbst blockieren - und wie sie sich befreien könnten.

Frigga Haug:

Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen.

304 Seiten, EUR 19,90, ISBN 3-88619-324-1

Eine Veranstaltung des Gegenentwurf - für eine solidarische Gesellschaft e.V., der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Stadtverband München und dem Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V.